



Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik

Deutschland nach der „Fluchtkrise“

von Ulrich Kober und Orkan Kösemen

Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik

Deutschland nach der „Fluchtkrise“

von Ulrich Kober und Orkan Kösemen

Impressum

© August 2019
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich:
Ulrich Kober
Dr. Orkan Kösemen

Lektorat:
Kristina Neumann
Anja Hülsken

Gestaltung:
werkzwei Detmold

Druck:
Matthiesen Druck Bielefeld

Bildnachweis:
Titelbild: © oatawa - stock.adobe.com

DOI 10.11586/2019041

Inhalt

Einleitung

Willkommenskultur im Spannungsfeld von politischen Ereignissen und öffentlicher Debatte	8
---	---

Zehn zentrale Ergebnisse im Überblick

Skepsis und Pragmatik im Blick auf Einwanderung in Folge der Fluchtmigration der letzten Jahre	11
--	----

Vertiefende Analysen der einzelnen Befunde

1 Einstellungen zu Migration, Flucht und Integration	13
1.1 Trotz Migrations skepsis: Einwanderung gilt als wichtig für die Wirtschaft	13
1.2 Fachkräfte zuzug ist die bevorzugte Strategie gegen Fachkräftemangel	14
1.3 Einwanderer werden als eher willkommen wahrgenommen als Geflüchtete	15
1.4 Umgang mit Geflüchteten: Ja zur Integration, eher Nein zur weiteren Aufnahme	16
1.5 Hohe Anpassungserwartungen an Migranten, aber Integration wird nicht als Einbahnstraße verstanden	17
2 Veränderungen der Einstellungen seit 2011/2012	21
2.1 Migrations skepsis sinkt, bleibt aber höher als vor der „Fluchtkrise“	21
2.2 Die Zustimmung zu Migration für die Bekämpfung des Fachkräftemangels steigt	22
2.3 Wahrgenommene Offenheit für Einwanderer wird stärker, für Geflüchtete schwächer	22
2.4 Belastungsgrenzen bei der Aufnahme weiterer Geflüchteter werden weniger stark empfunden	24
2.5 Integrationsleistungen werden weiterhin erwartet, Maßnahmen gegen Benachteiligungen finden steigende Zustimmung	25
3 Relevante Faktoren für die Einstellungen	29
3.1 Faktor Region: Ost und West unterscheiden sich	29
3.2 Faktor Alter: Die aufgeschlossene U30-Generation	31
3.3 Faktor Bildung: Höhere Bildungsabschlüsse gehen mit größerer Offenheit einher	33
3.4 Faktor Geschlecht: Frauen denken anders über Migration – zumindest ein wenig	34
3.5 Faktor Migrations hintergrund: Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede	34
4 Ein Blick über den Atlantik: Wie Kanada im Vergleich zu Deutschland Migration sieht	37
4.1 Ansichten zur Einwanderung und Einwanderern	37
4.2 Kanadier sind überzeugter, dass ihr Land ein Ort des Willkommens ist	39

Fazit

Trotz Ambivalenz hat Deutschland eine robuste Willkommenskultur und eine aufgeschlossene Jugend	41
Die Bevölkerung in Deutschland bewegt sich zwischen Skepsis und Pragmatik	41
Die Willkommenskultur ist robust und jung	41
Die Willkommenskultur in Deutschland kann weiterentwickelt werden	42

Anhang

Studiendesign	46
Literatur	47

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	Ansichten zur Zuwanderung	13
ABBILDUNG 2	Bewertung von Zuwanderung	14
ABBILDUNG 3	Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels	14
ABBILDUNG 4	Wie willkommen sind Einwanderer und Flüchtlinge?	15
ABBILDUNG 5	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen	16
ABBILDUNG 6	Erwünschte Eigeninitiative der Zugewanderten	17
ABBILDUNG 7	Empfundene Hindernisse für Integration	18
ABBILDUNG 8	Stärkung der Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte	19
ABBILDUNG 9	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung	20
ABBILDUNG 10	Ansichten zur Zuwanderung – Trend	21
ABBILDUNG 11	Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels	22
ABBILDUNG 12	Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich 2017–2019	23
ABBILDUNG 13	Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich 2017–2019	23
ABBILDUNG 14	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich 2015–2019	24
ABBILDUNG 15	Erwünschte Eigeninitiative der Zugewanderten – Trend	25
ABBILDUNG 16	Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich 2011–2019	26
ABBILDUNG 17	Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte: Vergleich 2017–2019	27
ABBILDUNG 18	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung	28
ABBILDUNG 19	Ansichten zur Zuwanderung: Vergleich Ost/West	30
ABBILDUNG 20	Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Ost/West	30
ABBILDUNG 21	Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Alter	32
ABBILDUNG 22	Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Bildungsabschlüsse	33

ABBILDUNG 23	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich Bildungsabschlüsse	34
ABBILDUNG 24	Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich Geschlecht	35
ABBILDUNG 25	Negative Ansichten zur Zuwanderung: Vergleich Migrationshintergrund	35
ABBILDUNG 26	Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte: Vergleich Migrationshintergrund	36
ABBILDUNG 27	Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Deutschland/Kanada	38
ABBILDUNG 28	Veränderung Deutschlands/Kanadas durch Einwanderer	38
ABBILDUNG 29	Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich Deutschland/Kanada	39
ABBILDUNG 30	Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Deutschland/Kanada	39
ABBILDUNG 31	Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Alter/Land	42
ABBILDUNG 32	Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich Alter/Land	43
ABBILDUNG 33	Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Alter/Land	43
ABBILDUNG 34	Wertschätzung der Leistung von Zuwanderern: Vergleich 2012–2019	44
	Studiensteckbrief Willkommenskultur 2019	46
	Studiensteckbrief Umfrageteil Kanada	46

Einleitung

Willkommenskultur im Spannungsfeld von politischen Ereignissen und öffentlicher Debatte

Der Zuzug von mehr als einer Million Asylsuchender in den Jahren 2015 und 2016 hat die Wahrnehmung und Debatte von Migration und Einwanderung in Deutschland verändert. Der Blick auf die Medien zeigt, dass die anfänglich positive Berichterstattung in der „humanitären Sternstunde“ im Herbst 2015 sich spätestens seit der Kölner Silvesternacht deutlich veränderte. Flucht und Migration wurden zu Dauerbrennern in der öffentlichen Debatte und die kritischen Stimmen in Politik und Gesellschaft, die von Kontrollverlust und erreichten Belastungsgrenzen sprachen, fanden große mediale Resonanz (vgl. Haller 2016 und Horz 2017). Die anfangs international bewunderte deutsche Willkommenskultur, die sich sowohl in der großen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung als auch in der Flexibilität und Improvisationskraft der Behördenmitarbeitenden von Bundesländern und Kommunen zeigte, war – getreu der Maxime „Good news are no news“ – kaum noch Schlagzeilen wert! Inzwischen werden die beiden Jahre rückblickend als Zeit der „Fluchtkrise“ bezeichnet – eine Bezeichnung, die sich nur auf die hohen Asylbewerberzahlen bezieht, die Aufnahmebereitschaft und Willkommenskultur jedoch außer Acht lässt.

In der vorliegenden Studie geht es aber genau um diese, möglicherweise aus dem Blick geratene Willkommenskultur und die Veränderungen, die sich in den bewegten Zeiten der letzten Jahre vollzogen haben. Unter „Willkommenskultur“ wird hier eine Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Migranten auf individueller, organisatorischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene verstanden (Heckmann 2012) bzw. eine „Offenheit aufseiten der Mehrheitsbevölkerung ebenso wie der Zugewanderten gegenüber kultureller Vielfalt“ (Bauer 2018), die sich in Einstellungen der Bevölkerung, aber auch im institutionellen Handeln von Verwaltungsmitarbeitern zeigt. Die empirische Grundlage der Studie sind repräsentative Bevölkerungsumfragen. Die Fragen, die gestellt wurden, operationalisieren das Konzept der „Willkommenskultur“ durch unterschiedliche Indikatoren für die Offenheit gegenüber Einwanderung und Einwanderern:

- Generelle Einstellungen zu Einwanderung, ihre empfundenen Vor- und Nachteile und Folgen für das Land;
- Wahrnehmungen, wie Einwanderer und Geflüchtete von Behörden und Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden;
- Überzeugungen im Blick darauf, wie mit Geflüchteten weiter umgegangen werden soll;
- Einschätzungen zu Integration, Faktoren, die Integration behindern und solchen, die Akzeptanz von Migranten durch die Gesellschaft befördern.

Im Unterschied zum „Integrationsbarometer“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration, der die Bevölkerung das Zusammenleben in den Bereichen Arbeit, Bildung, soziale Beziehungen und Nachbarschaft bewerten lässt und dann auch einen Gesamtwert für eine Art „Integrationsklima“ er-

mittelt, das über die Jahre in seiner Entwicklung verglichen werden kann (SVR 2018), wird in der vorliegenden Studie von der Bildung eines umfassenden Indexes für Willkommenskultur abgesehen, weil das Konzept im Unterschied zu den weitgehend unstrittigen Dimensionen von Integration weniger eindeutig definiert ist. Stattdessen werden unterschiedliche Aspekte des Konzepts untersucht, was auch einen flexiblen Umgang mit den Fragen über die Zeit ermöglicht: Manche Fragen werden wiederholt, so dass auch Entwicklungen der gegenwärtigen öffentlichen Debatte abgebildet werden können, aber es werden auch neue Fragen im Licht aktueller Herausforderungen gestellt.

Die bisherigen Umfragen zur Willkommenskultur führte Kantar EMNID im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in den Jahren 2012, 2015, 2017 und 2019 durch. Stellenweise wird auch noch auf eine frühere Umfrage aus 2011 zurückgegriffen, in der von Willkommenskultur noch nicht die Rede war. Der gesellschaftliche und politische Kontext, in dem diese Umfragen erhoben wurden, hat sich gewandelt, was sich in teilweise veränderten und neuen Fragen niederschlägt:

- Ende 2012, als die Umfrage zur Willkommenskultur zum ersten Mal durchgeführt wurde, stand Deutschland noch unter dem Eindruck des geringen Wanderungssaldos der Vorjahre, der 2008 sogar ins Negative gerutscht war, und der demografischen Berechnungen, die eine größere Zuwanderung nahelegten: Die Blaue EU-Karte für Hochqualifizierte aus Drittstaaten war eingeführt worden und der Anwerbestopp der 70er Jahre wurde endgültig verabschiedet. In diesem Kontext entstand der Begriff „Willkommenskultur“ als Indikator für die Offenheit und Attraktivität des Landes für Fachkräfte, die benötigt wurden. Die Umfrage konzentrierte sich auf Migranten allgemein.
- Anfang 2015, als die Umfrage ein zweites Mal durchgeführt wurde, war der starke Zuzug von Asylsuchenden noch kein Thema, allerdings waren die Asylbewerberzahlen aus den Balkanstaaten bereits seit 2014 stark gestiegen. Die Umfrage fragte weiterhin nach Einstellungen und Wahrnehmungen gegenüber Migranten insgesamt und differenzierte noch nicht nach Einwanderern aus Gründen der Arbeitsaufnahme oder Bildung und Geflüchteten, die nach Genfer Flüchtlingskonvention einen Schutzstatus beantragen.
- Im März 2017 wurde die Umfrage ein drittes Mal durchgeführt. Das „Rendezvous mit der Globalisierung“, so das mittlerweile berühmte Wort von Wolfgang Schäuble zum starken Zuzug der Geflüchteten und seine Folgen, bedeutete einen echten „Stresstest“ für das Land und seine Bevölkerung und beeinflusste die Einstellungen zu Migration insgesamt. Die Umfrage unterschied jetzt bei der Frage nach der Offenheit zwischen Arbeits- und Bildungsmigranten und Geflüchteten und förderte damit differenziertere Einstellungen zu Tage.
- Im April 2019 bei der vierten Umfrage hatte sich der Kontext erneut verändert. Die deutsche „Integrationsmaschine“ war angesprungen, die Geflüchteten gehörten mittlerweile zum neuen deutschen Alltag und andere Themen beanspruchten eine größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Trotz der wandelnden Kontexte ist davon auszugehen, dass Haltungen, die mit Wertvorstellungen verbunden sind, relativ konstant bleiben. Einstellungen zu Integration und Migration basieren sicher zu einem großen Teil

auf Wertüberzeugungen, sind allerdings oft auch besonders emotional aufgeladen. Insofern können die Analysen der Umfragen auch indirekt zeigen, wie kontextbedingt Meinungen zu Einwanderungsthemen sind. Wie bereits oben angedeutet, hat der Anstieg der Fluchtmigration in den Jahren 2015 bis 2017 dazu geführt, dass Willkommenskultur in der Öffentlichkeit neu verstanden und zunehmend auf Geflüchtete angewandt wurde. Dies führte auch dazu, dass das Konzept einer Willkommenskultur stärker unter Druck geriet, je konfrontativer die Aufnahme von Geflüchteten in Politik und Öffentlichkeit diskutiert wurde. Zur Vermischung von Begrifflichkeiten hat sicherlich auch beigetragen, dass in den Medien immer häufiger allgemein von „Migranten“ gesprochen wird, unabhängig davon, ob es sich um Arbeitsmigration, Fluchtmigration oder einfach Deutsche mit Migrationshintergrund handelt. Daher wurde in den Fragen 2017 und 2019 explizit nach den beiden Einwanderungsarten unterschieden. Es zeigte sich, dass die Befragten tatsächlich zwischen Arbeits- oder Fluchtmigration unterscheiden und diese auch unterschiedlich bewerten. Es ist eine Stärke der Idee von Willkommenskultur, dass sie aufgrund ihrer Tendenz zur Unschärfe und dem umfassenden Anspruch anpassungsfähig bleibt in Zeiten von schnellen politischen und medialen Zuspitzungen (vgl. Kösemen 2017).

Eine Besonderheit der Umfrage von 2019 ist eine Kooperation mit dem kanadischen Institut Environics, das in Kanada regelmäßig die Bevölkerung zu Einstellungen im Bereich Migration und Integration befragt. Einige Fragen wurden in diesem Jahr sowohl in Kanada als auch in Deutschland gestellt, so dass die Ergebnisse für Deutschland in einem internationalen Kontext interpretiert werden können.

Abschließend noch ein Hinweis zu den in dieser Studie verwendeten Begriffen: Einwanderer wird in Abgrenzung zu Geflüchteter bzw. Flüchtling verwendet und meint Personen, die nicht aus humanitären Gründen, sondern zum Zweck der Arbeit oder des Studiums aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind. Die Begriffe Migrant und Zuwanderer werden synonym verwendet für alle Personen mit Migrationshintergrund und schließen somit Einwanderer als auch Geflüchtete mit ein. Ebenso werden die Begriffe Einwanderung, Zuwanderung und Migration gleichbedeutend verwendet. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die weibliche Sprachform verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

Zehn zentrale Ergebnisse im Überblick

Skepsis und Pragmatik im Blick auf Einwanderung in Folge der Fluchtmigration der letzten Jahre

- 1 Die Migrations skepsis geht gegenüber 2017 etwas zurück, aber sie bleibt höher als bei den Umfragen vor der Fluchtkrise aus den Jahren 2012 und 2015. Die negativen Effekte von Zuwanderung werden weiterhin stark wahrgenommen, aber mit rückläufiger Tendenz gegenüber 2017: Aktuell sehen 71 Prozent Belastungen für den Sozialstaat, 69 Prozent Konflikte zwischen Einwanderern und Einheimischen, 64 Prozent Probleme in Schulen und 60 Prozent Wohnungsnot in Ballungsräumen. Positive Effekte von Zuwanderung werden weniger stark wahrgenommen, jedoch mit steigender positiver Tendenz gegenüber 2017: Aktuell meinen 67 Prozent, das Leben werde interessanter, 64 Prozent sehen geringere Überalterung, 63 Prozent die Vorteile für die Ansiedlung ausländischer Firmen, 47 Prozent einen Ausgleich für den Fachkräftemangel und 41 Prozent Mehreinnahmen für die Rentenversicherung.
- 2 Dass es zu viel Einwanderung in Deutschland gibt, meint eine knappe Mehrheit (52 Prozent), aber trotz aller Skepsis sind fast zwei Drittel (65 Prozent) der pragmatischen Ansicht, Zuwanderung habe einen positiven Effekt auf die Wirtschaft.
- 3 Die wahrgenommene Willkommenskultur ist „robust“ und in den meisten Fällen stabil auf hohem Niveau. So gelten Einwanderer, die in Deutschland arbeiten oder studieren bei Behörden (79 Prozent gegenüber 77 Prozent in 2017) und Bevölkerung vor Ort (71 Prozent gegenüber 70 Prozent in 2017) mehrheitlich als weiterhin willkommen. Flüchtlinge werden ebenfalls so wahrgenommen, dass sie bei Behörden (71 Prozent gegenüber 73 Prozent in 2017) und Bevölkerung vor Ort (56 Prozent gegenüber 59 Prozent in 2017) mehrheitlich weiterhin willkommen sind.
- 4 Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen, die während der Fluchtkrise deutlich zurückgegangen war, steigt wieder leicht, erreicht aber nicht die mehrheitlich positiven Werte von davor. 49 Prozent sind der Ansicht, Deutschland könne keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, weil die Belastungsgrenzen erreicht seien (gegenüber 54 Prozent 2017 und 40 Prozent 2015). 37 Prozent meinen, Deutschland könne mehr Flüchtlinge aufnehmen (gegenüber 37 Prozent 2017 und 51 Prozent 2015).
- 5 Einwanderung sei nötig, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, meinen 41 Prozent der Befragten – das ist zwar keine Mehrheit, aber die relativ am häufigsten präferierte Lösung für den Fachkräftemangel (im Vergleich zu längeren Arbeitszeiten oder Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen) und ist im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlicher Anstieg.

- 6 Das dominante Integrationsverständnis in der Bevölkerung nimmt Zuwanderer wie Aufnahmegesellschaft in den Blick. Einerseits werden hohe Leistungs- und Anpassungserwartungen an die Zuwanderer gerichtet, andererseits wird die Notwendigkeit von Maßnahmen der Aufnahmegesellschaft zur besseren Teilhabe von Zuwanderern gesehen. Dabei setzt die Mehrheit – wie in den Vorjahren – auf fördernde Maßnahmen, um Deutschland attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen. Allerdings steigt die Einschätzung, in bestimmten Bereichen – insbesondere bei der Wohnungssuche – seien gesetzliche Regelungen nötig, um Benachteiligungen einzelner Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken.
- 7 Hindernisse für die Integration sehen die meisten Befragten – ähnlich wie in den Vorjahren 2011 und 2017 – in Defiziten vor allem bei der Sprache (91 Prozent gegenüber 91 Prozent 2017 und 93 Prozent 2011), aber auch bei Bildung (60 Prozent gegenüber 66 und 64 Prozent), Chancengleichheit (63 Prozent gegenüber 65 und 62 Prozent) und Diskriminierung (58 Prozent gegenüber 59 und 56 Prozent). Dabei ist auch eine Mehrheit der Ansicht, die Verbundenheit mit dem Herkunftsland sei nicht förderlich für die Integration, allerdings ist hier die Tendenz sinkend (53 Prozent gegenüber 59 Prozent 2017 und 57 Prozent).
- 8 Unterschiede bei den Antworten hängen vor allem mit der Region der Befragten (Ost-West-Gegensatz), dem Alter und der Bildung zusammen. So ist die Migrations skepsis im Osten höher als im Westen. Je jünger die Befragten und je höher der Bildungsabschluss der Befragten, um so aufgeschlossener sind sie gegenüber Einwanderung und Einwanderern. Die Effekte von Geschlecht und Migrationshintergrund bei den Befragten sind nicht ausgeprägt.
- 9 Die Willkommenskultur in Deutschland ist jung. Die junge Generation unter 30 Jahren unterscheidet sich in ihren Einschätzungen und Wahrnehmungen im Blick auf Migration und Integration deutlich von den älteren Jahrgängen. Das hängt auch damit zusammen, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bei den 15- bis 30-Jährigen bei rund 30 Prozent liegt, während er bei den Älteren rund 20 Prozent beträgt. Hierdurch ist der Kontakt und Umgang mit Vielfalt bei den Jüngeren viel stärker Normalität.
- 10 Im Vergleich ausgewählter Einstellungen zwischen den Bevölkerungen in Kanada und Deutschland zeigen sich ausgeprägte Unterschiede von 10 bis 20 Prozentpunkten. Die Kanadier haben einen wesentlich positiveren Blick auf Einwanderung und Einwanderer. Allerdings nähert sich die junge Generation unter 30 Jahren in Deutschland mit ihren Einstellungen dem kanadischen Niveau an.

Vertiefende Analysen der einzelnen Befunde

1 | Einstellungen zu Migration, Flucht und Integration

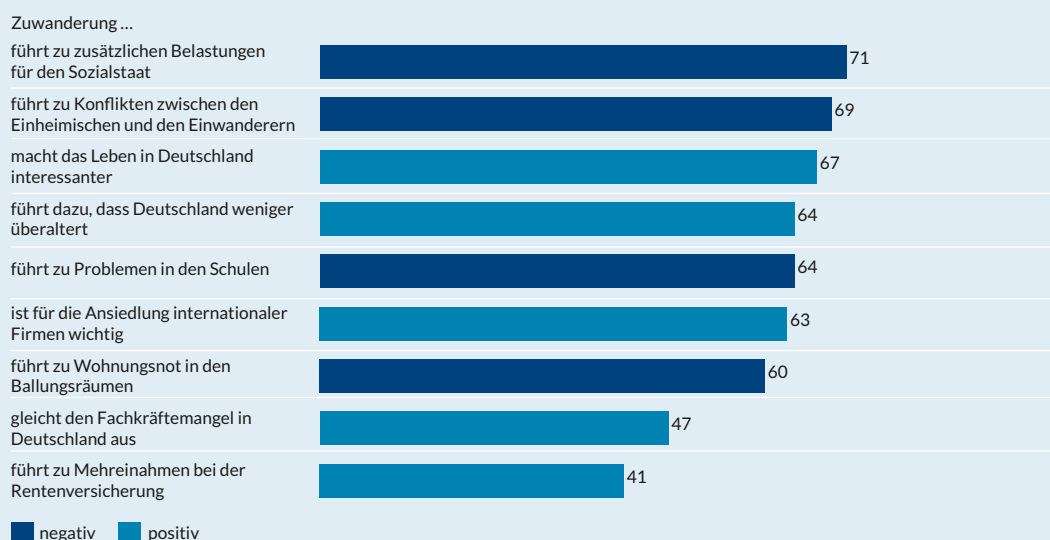
1.1 | Trotz Migrationskepsis: Einwanderung gilt als wichtig für die Wirtschaft

Die Menschen in Deutschland sehen Zuwanderung zwiespältig. Negative Einschätzungen sind ausgeprägt: Rund 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Zuwanderung verursache zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat und Konflikte zwischen Einheimischen und Einwanderern. Außerdem glauben 64 Prozent bzw. 60 Prozent, es komme zu migrationsbedingten Problemen in Schulen und zu Wohn-

nungsnot in den Ballungsräumen. Demgegenüber stehen – ebenfalls ausgeprägte – positive Wahrnehmungen, Zuwanderung mache das Leben in Deutschland interessanter (67 Prozent), wirke der Überalterung entgegen (64 Prozent) und sei für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig (63 Prozent). Weniger häufig wird die Ansicht vertreten, Migration gleiche den Fachkräftemangel aus (47 Prozent) oder bedeute Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung (41 Prozent).

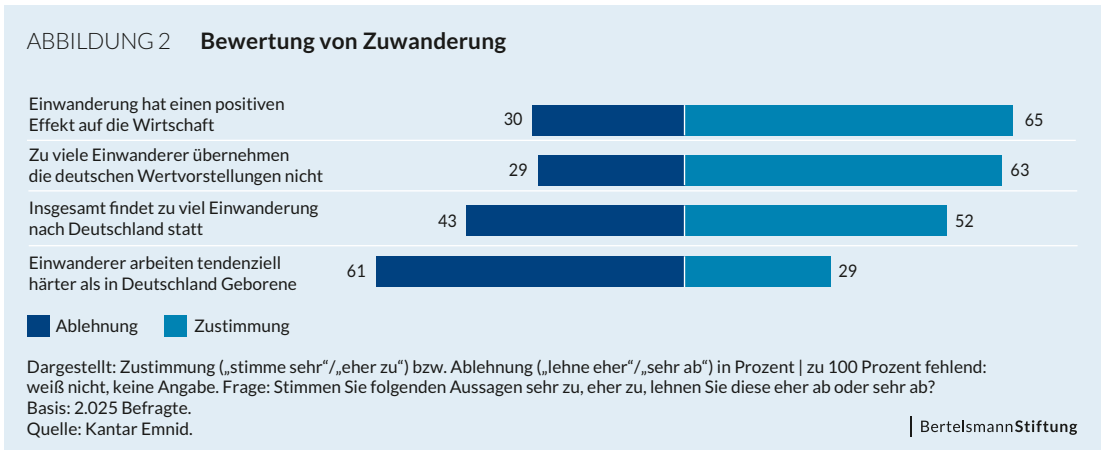
Die Ambivalenz gegenüber Einwanderung zeigt sich auch in generellen Einschätzungen zu Migration und Integration. Zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass Einwanderung einen positiven Effekt auf die Wirtschaft habe. Aber fast ebenso viele meinen, dass zu viele Einwanderer die deutschen Wertvorstellungen nicht übernähmen. Auf dieser Linie liegen

ABBILDUNG 1 Ansichten zur Zuwanderung



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung



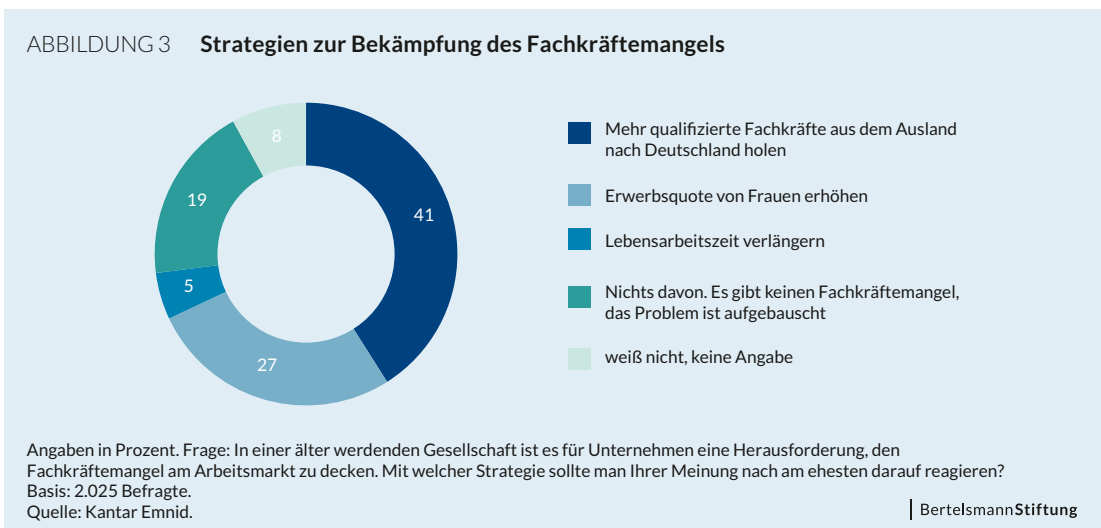
auch die Einschätzungen zum Arbeitsethos der Einwanderer: 61 Prozent glauben nicht, dass Einwanderer tendenziell härter arbeiten als Einheimische.

Dass trotz der Überzeugung eines positiven Effekts auf die Wirtschaft eine knappe Mehrheit von 52 Prozent glaubt, es finde zu viel Einwanderung in Deutschland statt, bringt die pragmatische Skepsis der Befragten auf den Punkt.

Da diese Fragen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Kanada gestellt wurden, sind hier interessante Vergleiche möglich, die zeigen, wie unterschiedlich die Befragten in den Einwanderungsländern Deutschland und Kanada auf Migration schauen (vgl. Kapitel 4).

1.2 | Fachkräftezugang ist die bevorzugte Strategie gegen Fachkräftemangel

Eine zentrale Begründung für die Notwendigkeit von Einwanderung ist der demografische Wandel. Experten gehen davon aus, dass es trotz der erwartbaren strukturellen Änderungen am Arbeitsmarkt infolge der Digitalisierung einen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland geben wird, weil die einheimische Bevölkerung zurückgeht (vgl. Fuchs u.a. 2019). Ob es einen „Fachkräftemangel“ wirklich gibt und wie diesem, sofern er existiert, begegnet werden soll, ist in der öffentlichen Debatte umstritten. Den Befragten wurden verschiedene Antwortmöglichkeiten vorgelegt: Neben verschiedenen Optionen zum Umgang mit dem Fachkräftemangel auch die Antwortmöglichkeit, dass es keinen Fachkräftemangel gäbe und das Problem aufgebauscht sei.



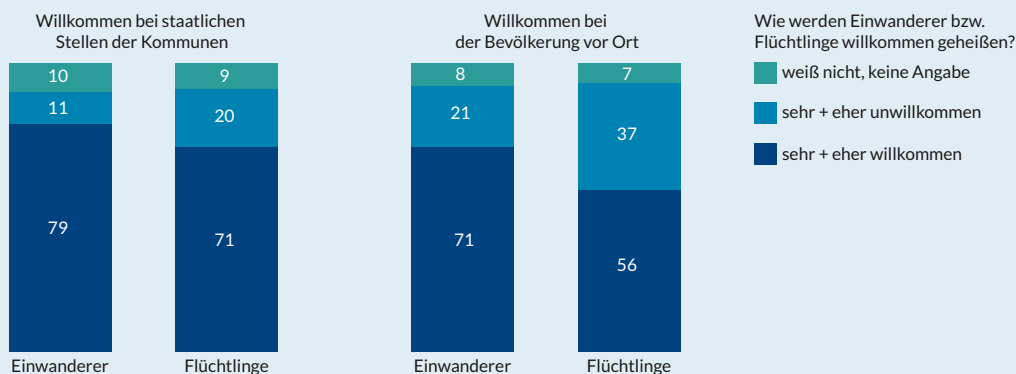
Rund ein Fünftel (19 Prozent) der Befragten ist der Ansicht, es gäbe keinen Fachkräftemangel. Acht Prozent machen keine Angabe und rund Dreiviertel geben Einschätzungen dazu ab, wie auf den Fachkräftemangel reagiert werden sollte. Die Mehrheit davon, insgesamt zwei Fünftel (41 Prozent), spricht sich für die Strategie aus, mehr qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Demgegenüber sind die Optionen, die Erwerbsquote der Frauen zu erhöhen (27 Prozent) oder die Lebensarbeitszeit zu verlängern (5 Prozent) deutlich weniger populär. Die Befragten sind also deutlich eher bereit, Einwanderung zuzulassen als mehr und länger zu arbeiten. In einer Befragung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende 2018, in der keine Alternativoptionen vorgelegt wurden, stimmten sogar 63 Prozent der Aussage zu, Deutschland brauche ausländische Arbeitskräfte, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken (Faus/Storks 2019). Diese Einschätzungen liegen auf der Linie der mehrheitlichen Überzeugung, Zuwanderung sei gut für die Wirtschaft.

Bei aller Skepsis gegenüber den möglichen negativen Folgen von Einwanderung im Blick auf die Sozialkassen oder den sozialen Zusammenhalt zeigt sich bei den Antworten der Befragten eine gewisse Pragmatik bzw. eine Überzeugung, dass Einwanderung generell für die Wirtschaft und speziell für den Arbeitsmarkt nützlich ist.

1.3 | Einwanderer werden als eher willkommen wahrgenommen als Geflüchtete

Generelle Einschätzungen zu Migration und ihren Folgen sind ein Aspekt einer eher offenen oder eher ablehnenden Haltung. Gespeist werden solche Einschätzungen oft von medialen Debatten und politischen Überzeugungen, die mit den persönlichen Erfahrungen häufig wenig zu tun haben. Ein weiterer Aspekt, der Haltungen beeinflusst, sind aber genau diese Erfahrungen im Nahbereich. So fragt der SVR-Integrationsbarometer danach, wie das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund konkret am Arbeitsplatz, im Bildungsbereich, in den sozialen Beziehungen und der Nachbarschaft erlebt wird und kommt zu dem Ergebnis, dass es ein stabiles positives Integrationsklima gibt (vgl. SVR 2018). Die Willkommenskulturumfrage nähert sich dem Nahbereich persönlicher Erfahrungen in einer anderen Weise. Gefragt wird danach, wie die Respondenten in ihrem Umfeld die Offenheit einschätzen, auf die Menschen treffen, die aufgrund von Arbeit oder Studium oder Flucht nach Deutschland gekommen sind. Die Fragen adressieren also nicht direkt, wie die Befragten selbst ihre Offenheit einschätzen, was die Gefahr sozial erwünschter Antworten beinhaltet. Diese indirekte Frageweise ermöglicht es außerdem, ein lokales Klima in der Bevölkerung und Behörden vor Ort einschätzen zu lassen.

ABBILDUNG 4 Wie willkommen sind Einwanderer und Flüchtlinge?



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren / Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.025 Befragte.

| BertelsmannStiftung

Im Blick auf die Einwanderer, die aus Arbeits- oder Bildungsgründen nach Deutschland gekommen sind, nehmen die Befragten eine ausgeprägte Offenheit sowohl bei den staatlichen Stellen der Kommune als auch der Bevölkerung vor Ort wahr:

- 79 Prozent sind der Ansicht, die Behörden würden diese Einwanderer willkommen heißen, davon 26 Prozent sehr willkommen und 53 Prozent eher willkommen. 11 Prozent nehmen Ablehnung wahr, davon 9 Prozent eher und 2 Prozent sehr.
- Im Blick auf die Bevölkerung vor Ort nehmen 71 Prozent eine Offenheit wahr. 16 Prozent glauben, dass Einwanderer sehr willkommen seien, 55 Prozent sind der Ansicht, sie seien eher willkommen. Keine Offenheit bei den Menschen vor Ort sehen 21 Prozent der Befragten, davon sind 18 Prozent der Ansicht, Einwanderer seien eher unwillkommen und 4 Prozent, sie seien sehr unwillkommen.

Im Blick auf Geflüchtete ist die wahrgenommene Offenheit weniger ausgeprägt, wird aber immer noch von einer Mehrheit attestiert:

- 71 Prozent sind der Ansicht, die staatlichen Stellen in der Kommune heißen Geflüchtete willkommen, davon 14 Prozent sehr und 57 Prozent eher willkommen. 20 Prozent meinen, Geflüchtete seien unwillkommen, davon 16 Prozent eher unwillkommen und 4 Prozent sehr unwillkommen.
- Im Blick auf die Bevölkerung vor Ort ist die wahrgenommene Offenheit deutlich geringer. 56 Prozent meinen, Geflüchtete würden von den Menschen vor Ort willkommen geheißen, davon 9 Prozent sehr und 47 Prozent eher willkommen. Auf Ableh-

nung stoßen Geflüchtete in der Bevölkerung nach Wahrnehmung von 37 Prozent, davon 31 Prozent eher unwillkommen und 6 Prozent sehr unwillkommen.

Nach der Wahrnehmung der Befragten zeigt sich also, dass vor Ort Einwanderer, die zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland gekommen sind, eher willkommen sind als Geflüchtete und dass die Offenheit von staatlichen Stellen höher eingeschätzt wird als die Offenheit der Bevölkerung.

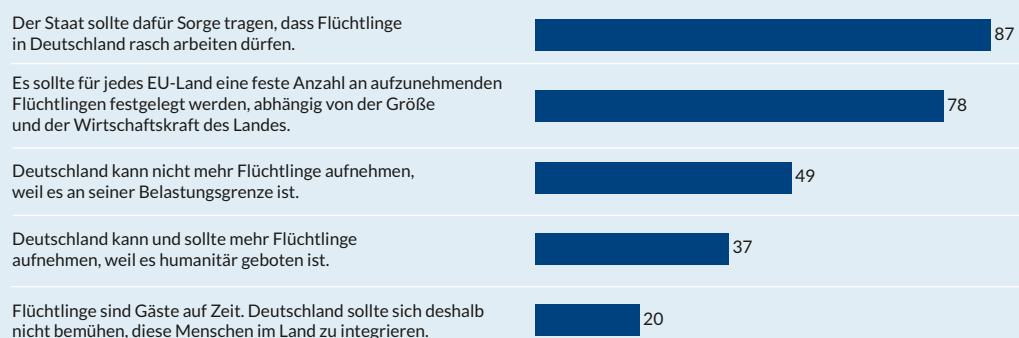
Da diese Fragen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Kanada gestellt wurden, sind hier interessante Vergleiche möglich, die zeigen, wie unterschiedlich die Befragten in den Einwanderungsländern Deutschland und Kanada die Offenheit der Behörden und der Bevölkerung vor Ort für Einwanderer und Flüchtlinge wahrnehmen (vgl. Kapitel 4).

1.4 | Umgang mit Geflüchteten: Ja zur Integration, eher Nein zur weiteren Aufnahme

Die Befragten nehmen also Unterschiede in der Offenheit für Einwanderer auf der einen und Geflüchtete auf der anderen Seite wahr. Die Umfrage fragt deshalb noch einmal spezifischer nach dem Umgang mit Geflüchteten. Drei Fragen beziehen sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen, zwei Fragen auf die Integration.

Bei der Integration ist das Votum eindeutig. Die große Mehrheit der Befragten wünscht sich eine rasche In-

ABBILDUNG 5 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

tegration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, nur wenige sprechen sich gegen Integrationsmaßnahmen aus:

- 87 Prozent sind der Ansicht, der Staat sollte dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen.
- 20 Prozent meinen, Deutschland sollte sich nicht bemühen, Geflüchtete im Land zu integrieren, weil sie „Gäste auf Zeit“ seien.

Differenzierter ist das Meinungsbild zur weiteren Aufnahme von Geflüchteten. Hier sehen viele Belastungsgrenzen, die die Aufnahmebereitschaft mindern:

- 49 Prozent meinen, Deutschland sei an seiner Belastungsgrenze und könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen.
- 37 Prozent vertreten dagegen die Auffassung, dass Deutschland aufgrund humanitärer Gründe mehr Flüchtlinge aufnehmen könnte und sollte.

Deutlich ist wiederum bei den Befragten der Wunsch nach mehr Solidarität in Europa bei der Aufnahme von Geflüchteten: 78 Prozent plädieren dafür, dass jedes EU-Land in Abhängigkeit von der Größe und Wirtschaftskraft ein festes Kontingent aufnehmen sollte.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Integrationsbereitschaft im Blick auf Geflüchtete in der Bevölkerung sehr hoch ist, während die Aufnahmebereitschaft für noch mehr Geflüchtete nicht mehrheitlich in der Bevölkerung vorhanden ist. Dieses Ergebnis kann angesichts der hohen Fluchtmigration der Jahre 2015 bis 2017 nicht überraschen.

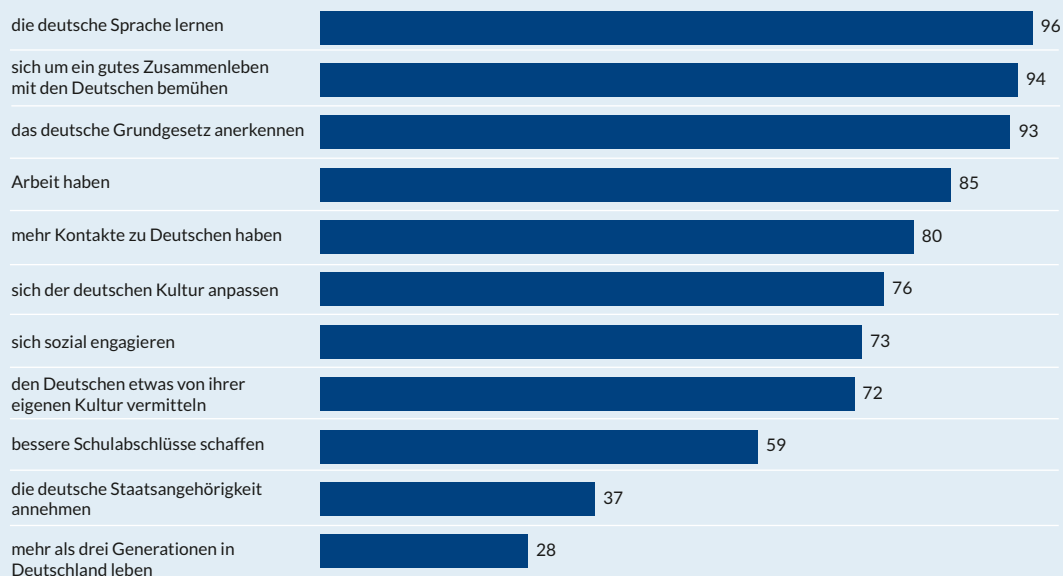
1.5 | Hohe Anpassungserwartungen an Migranten, aber Integration wird nicht als Einbahnstraße verstanden

Der folgende Abschnitt behandelt aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Fragen das Integrationsverständnis der Befragten.

Was Zuwanderer tun sollen, um in Deutschland willkommen zu sein

Deutlich wird zunächst, dass es ausgeprägte Erwartungen an Migranten gibt, sich in Deutschland gut einzugliedern. Die höchsten Zustimmungswerte bekommen Aspekte, die mit den kommunikativen und normativen Grundlagen des Zusammenlebens in

ABBILDUNG 6 Erwünschte Eigeninitiative der Zugewanderten



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Und was von dem Folgenden müssten die Einwanderer selbst tun, um in Deutschland willkommen zu sein? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

Deutschland zu tun haben. Über 90 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Einwanderer müssten die deutsche Sprache lernen (96 Prozent), sich um ein gutes Zusammenleben mit den Deutschen kümmern (94 Prozent) und das Grundgesetz anerkennen (93 Prozent), um in Deutschland willkommen zu sein. Sehr hohe Zustimmungswerte von 80 Prozent und mehr für gelingende Integration erhalten auch die Arbeitsaufnahme seitens der Einwanderer (85 Prozent) und ihre Kontaktaufnahme zu bzw. sozialen Beziehungen mit Einheimischen (80 Prozent). Rund drei Viertel der Befragten erwarten, dass sich Einwanderer der deutschen Kultur anpassen (76 Prozent) und sich sozial engagieren (73 Prozent). Interessant ist, dass die Frage der kulturellen Integration nicht nur einseitig verstanden zu werden scheint: 72 Prozent sind der Ansicht, die Einwanderer sollten den Deutschen auch etwas von ihrer Kultur vermitteln. Gute Schulabschlüsse erwarten rund 60 Prozent der Befragten von den Einwanderern im Blick auf ihre Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft.

In diesen Erwartungen zeigt sich, dass die Befragten eher „leistungsorientiert“ und weniger „statusorientiert“ über Integration denken: Wenn Einwanderer Eigeninitiative zeigen und sich anstrengen, den allgemeinen Anforderungen im kommunikativen, sozialen und normativen Bereich zu entsprechen, sind sie willkommen. Auf den Status kommt es weniger an: weder auf den rechtlichen noch auf den generationellen. Die entsprechenden Fragen dazu finden keine mehrheitliche Zustimmung: Nur 37 Prozent sind der Ansicht, die Staatsbürgerschaft spiele bei der Akzeptanz eine Rolle und weniger als ein Drittel der Befragten meint,

man müsse einen verfestigten Aufenthaltsstatus über mehrere Generationen haben, um im Land willkommen zu sein.

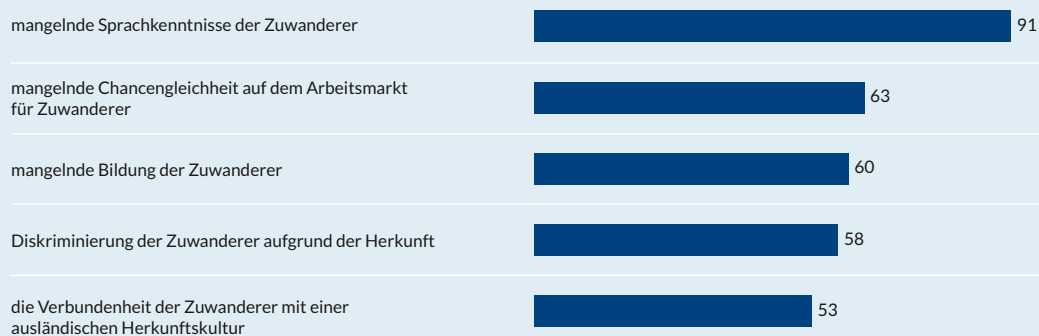
Wo die größten Integrationshindernisse gesehen werden

Vertiefende Aussagen über das Integrationsverständnis der Befragten erlauben Antworten auf die Frage, wo die größten Hindernisse für Integration gesehen werden. Konsistent mit der Überzeugung, Zuwanderer sollten vor allem Deutsch lernen, um willkommen zu sein, sehen fast alle Befragten (91 Prozent) in mangelnden Deutschkenntnissen das größte Hindernis.

Große Mehrheiten sind der Ansicht, die mangelnde Chancengleichheit für Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt (63 Prozent), die mangelnde Bildung der Zuwanderer (60 Prozent) und die Diskriminierung der Zuwanderer (58 Prozent) gehörten zu den größten Integrationshindernissen. Eine knappe Mehrheit (53 Prozent) glaubt auch, dass die Verbundenheit der Zuwanderer mit ihrer Herkunftskultur eine Rolle spielt.

Drei Aspekte möglicher Integrationshindernisse haben mit Faktoren auf Seiten der Zuwanderer zu tun, nämlich Sprachkenntnisse, Bildung und kulturelle Orientierung. Zwei Aspekte möglicher Integrationshindernisse verweisen auf Faktoren der Benachteiligung in der Aufnahmegesellschaft, nämlich die fehlende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und die Diskriminierung der Zuwanderer aufgrund ihrer Herkunft.

ABBILDUNG 7 **Empfundene Hindernisse für Integration**



Mehrfachnennung möglich; Angaben in Prozent. Frage: Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

ABBILDUNG 8 **Stärkung der Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte**

Mehrfachnennungen möglich; Angaben in Prozent. Frage: Die Entscheidung darüber, welches Zielland Fachkräfte aus dem Ausland wählen, hängt von verschiedenen Rahmenbedingungen ab, die im Zielland gegeben sind. Was meinen Sie: Was sollte Deutschland tun, um für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv zu sein? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

Wie Deutschland attraktiver werden kann für ausländische Fachkräfte

Die Rolle, die die Aufnahmegesellschaft bei der Überwindung von Integrationshemmnissen spielen kann, kommt auch bei der Frage in den Blick, mit welchen Maßnahmen sich das Land für qualifizierte Migranten anziehender machen kann.

Die größte Zustimmung finden Maßnahmen zur Sprachförderung, und zwar solche, die schon sehr früh in der Bildungsbiografie der Zuwandererkinder greifen (89 Prozent), und sogar solche, die schon im Herkunftsland angesiedelt sind (78 Prozent).

Rund drei Viertel der Befragten spricht sich für bessere Informationen über Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland (76 Prozent) und spezielle Hilfen bei der Arbeitssuche für die Migranten (74 Prozent) aus. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Bündelung der Unterstützungsangebote in einer Servicestelle halten jeweils

69 Prozent der Befragten für sinnvoll, um Deutschland attraktiver für Fachkräfte zu machen und möglichen Integrationshindernissen entgegenzuwirken. Hohe Zustimmungswerte für größere Attraktivität erhält auch die Perspektive auf einen Daueraufenthalt in Deutschland (67 Prozent). Für relevant halten Mehrheiten auch Maßnahmen im Bereich des Familiennachzugs (62 Prozent) sowie eine erleichterte Einbürgerung und Gesetze gegen die Benachteiligung von Zuwanderern (mit jeweils 52 Prozent).

Ein gutes Drittel findet die Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften (36 Prozent) wichtig und nur ein knappes Drittel der Befragten meint, die bestehenden Angebote würden ausreichen (31 Prozent). Lediglich 27 Prozent sprechen sich dafür aus, keine Angebote für Zuwanderer zu unterbreiten und das Geld für Deutsche auszugeben.

Es dominieren also in gewisser Weise „weiche“ Fördermaßnahmen, während „harte“ rechtliche Regelungen weniger häufig geäußert werden. Bessere rechtli-

che Regelungen finden allerdings auch mehrheitliche Zustimmungen im Feld der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, der Möglichkeiten zum Daueraufenthalt und zum Familiennachzug, bei der Einbürgerung und bei der Anti-Diskriminierung.

Wo Gesetze gegen Benachteiligungen helfen

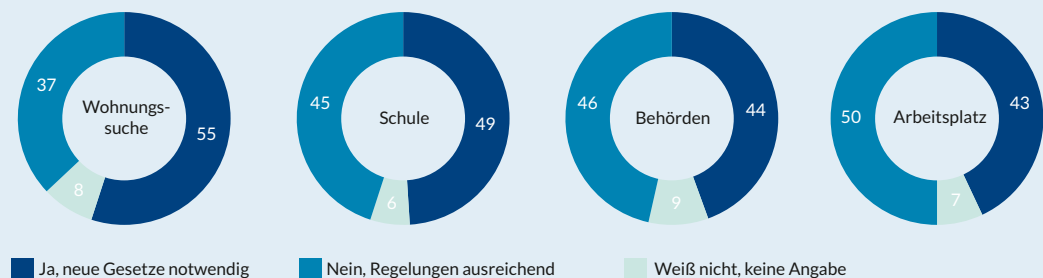
Eine knappe Mehrheit (52 Prozent) spricht sich dafür aus, die Benachteiligung von Zuwanderern durch Gesetze zu bekämpfen. Konkreter im Blick auf bestimmte Problemfelder und weiter im Blick auf benachteiligte Personen insgesamt und nicht nur auf Zuwanderer zeigt sich, dass die Befragten vor allem angesichts des Wohnungsmangels Handlungsbedarf für den Gesetzgeber sehen (55 Prozent).

In anderen Bereichen wie Schule, Behörden und Arbeitsplatz scheint der Handlungsbedarf nicht so ausgeprägt, allerdings sprechen sich auch hier viele Befragte für gesetzliche Regelungen aus, um Benachteiligungen in Schule (49 Prozent), bei den Behörden (44 Prozent) und am Arbeitsplatz (43 Prozent) entgegenzuwirken.

Nimmt man die Befunde zu Integrationsleistungen und Anpassungserwartungen, Integrationshindernissen, Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität Deutschlands für Zuwanderer sowie die gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung der Benachteiligung von Zuwanderern und anderen benachteiligten Gruppen zusammen, so zeigt sich bei den Befragten mehrheitlich ein Integrationsverständnis, das nicht einseitig ist, sondern verschiedene Perspektiven in den

Blick nimmt. Ein einseitiges Integrationsverständnis würde Handlungsbedarf nur bei den Zuwanderern sehen und würde Integration verkürzt mit Assimilation gleichsetzen. Handlungsbedarf in der Aufnahmegesellschaft zur Verbesserung der Integration und Attraktivität für Zuwanderer wird aber von den Befragten ebenfalls gesehen. Das dahinterliegende Verständnis von Integration ist beidseitig und geht in Richtung des von der Europäischen Union definierten Leitbilds von Integration als eines wertebasierten dynamischen Prozesses des gegenseitigen Entgegenkommens von Eingewanderten und Einheimischen (Europäische Union 2004). Die Mehrheit in Deutschland sieht Integration also nicht nur als Anpassung, sondern zugleich als gleichberechtigte Teilhabe: Die Erwartungen, die an Zuwanderer gerichtet werden, entsprechen den Erwartungen, die auch Einheimische zu erfüllen haben, und es besteht ein Bewusstsein dafür, dass eine Gesellschaft sich öffnen und ändern muss, um die gleichberechtigte Teilhabe von Einwanderern und Einheimischen zu ermöglichen. In diesem Sinn ist Deutschland eine „reife Einwanderungsgesellschaft“ (vgl. Kober 2017). Nur eine Minderheit von unter 30 Prozent scheint nicht an einer guten Integration von Migranten interessiert zu sein und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe abzusprechen. Als Beispiele für diese Haltung können exemplarisch die Ansichten von 20 Prozent bzw. 27 Prozent gelten, die Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete und Angebote für Migranten ablehnen, weil erstere als „Gäste auf Zeit“ gesehen werden und das mögliche Geld für Angebote für Zuwanderer besser für Deutsche ausgegeben werden sollte.

ABBILDUNG 9 Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung



Angaben in Prozent. Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten. Basis: 2.025 Befragte. Rundungsbedingte Differenz zu 100 Prozent.
Quelle: Kantar Emnid.

2 | Veränderungen der Einstellungen seit 2011/2012

2.1 | Migrationsskepsis sinkt, bleibt aber höher als vor der „Fluchtkrise“

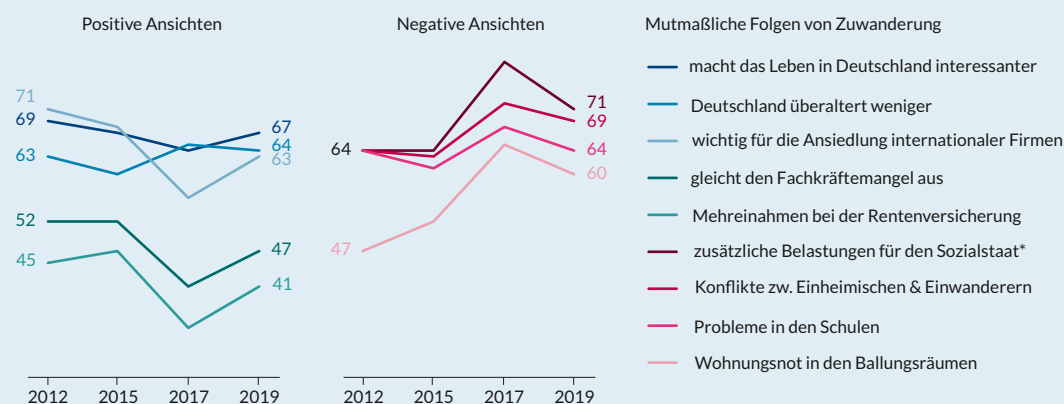
Werden die Einschätzungen der Folgen von Einwanderung über die Jahre 2012, 2015, 2017 und 2019 miteinander verglichen, so wird der Effekt der Fluchtkrise deutlich, und zwar in einem zweifachen Sinn. Zum einen lässt sich feststellen, dass die relativ stabilen Einschätzungen 2012 und 2015 vor der Krise durch diese stark in negativer Richtung beeinflusst wurden: Die positiven Ansichten zur Migration gingen bis auf die Einschätzung zur Überalterung Deutschlands zurück, die negativen Ansichten verstärkten sich teilweise sehr deutlich. Zum anderen wird deutlich, dass die Werte für 2019 sich nach der Krise zum großen Teil wieder normalisieren, aber kritischer bleiben als vor der Krise.

Besonders eindrücklich ist diese Entwicklung bei der positiven Einschätzung, Zuwanderung sei wichtig für die Ansiedlung internationaler Firmen und bei der negativen Einschätzung, Zuwanderung belastet den Sozialstaat zusätzlich. Im ersten Fall der Bedeutung der

Migration für die Ansiedlung internationaler Firmen sinken die Werte, die vor der Krise um 70 Prozent Zustimmung lagen, um mehr als 10 Prozentpunkte in 2017 und steigen 2019 wieder auf 63 Prozent, bleiben also rund 7 Prozent unter den Ausgangswerten vor der Krise. Im zweiten Fall der zusätzlichen Belastung des Sozialstaats durch Migration steigen die Ausgangswerte von 64 Prozent Zustimmung durch die Krise um ganze 15 Prozentpunkte auf 79 Prozent und sinken 2019 auf 71 Prozent, liegen also ebenfalls rund 7 Prozent über den Werten vor der Krise.

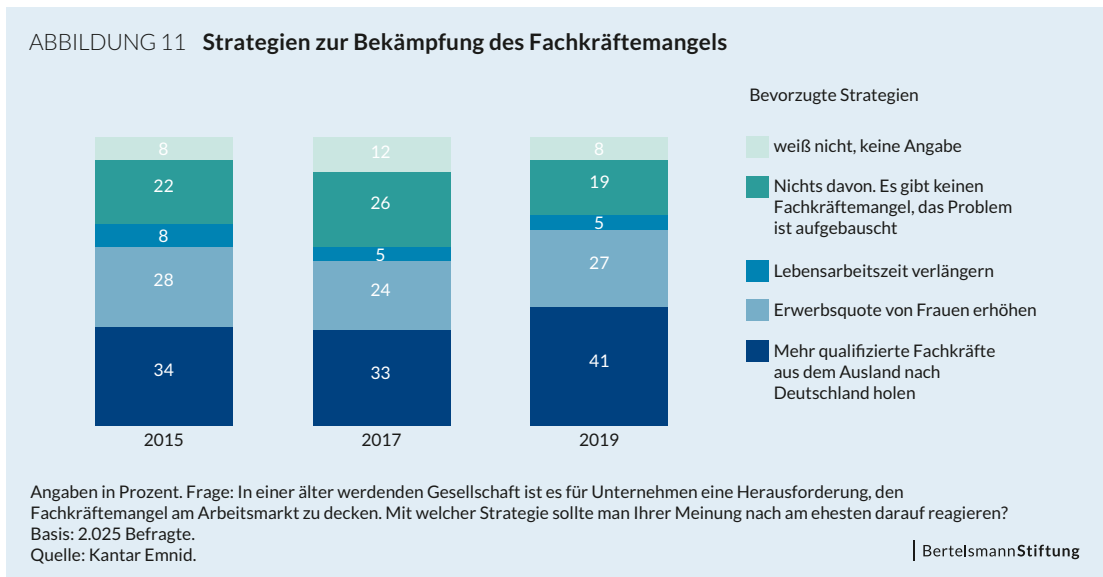
Die Entwicklung der Jahre 2015 und 2016 hat also Spuren hinterlassen, ist aber kein „Wendepunkt“ gewesen, denn die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber den Folgen der Einwanderung ist nicht weiter angestiegen, sondern hat eine rückläufige Tendenz. Es bleibt bei der ambivalenten Sicht, die die Probleme mit zeitlichem Abstand zur Fluchtkrise stärker, aber weniger dramatisch sieht als noch zu deren Hochzeiten. Zugleich geraten mit zeitlichem Abstand zur Krise auch die Chancen der Migration für Deutschland stärker in den Blick, ohne allerdings so ausgeprägt zu sein wie in den Jahren vor der Krise. Skeptischen Ansichten, die zwar zurückgegangen sind, aber relativ hoch bleiben, stehen weiterhin positive Ansichten gegenüber, die wieder zugenommen haben, wenn auch nicht auf dem Niveau von vor der Krise und insgesamt einen pragmatischen Blick auf Migration in der Bevölkerung erkennen lassen.

ABBILDUNG 10 Ansichten zur Zuwanderung – Trend



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 2.025 Befragte | *) Wortlaut 2012: „führt zu zusätzlichen Belastungen bei Hartz 4 und ALG I“
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung



2.2 | Die Zustimmung zu Migration für die Bekämpfung des Fachkräftemangels steigt

Eine interessante Entwicklung nehmen die Einschätzungen zum Umgang mit dem demografischen Wandel. Die Fluchtkrise scheint hier keinen besonderen Eindruck gemacht und hinterlassen zu haben. Die bevorzugten Strategien zur Bekämpfung des demografisch bedingten möglichen Mangels an Fachkräften sind über die Jahre 2015 vor der Krise, 2017 auf dem Höhepunkt der Krise und 2019 nach der Krise relativ stabil. Die erste Option ist über die drei Erhebungszeitpunkte die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte, die zweite Option die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, die dritte Option die Infragestellung der Existenz eines vermeintlichen Fachkräftemangels und die vierte und besonders unbeliebte Option die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Auffällig sind aber im Rahmen dieser Stabilität die quantitativen Verschiebungen im Blick auf die Relevanz des Fachkräftemangels und auf die bevorzugte Option des Zuzugs ausländischer Fachkräfte. Hatte die Krise die Problemwahrnehmung bzgl. des Fachkräftemangels abgeschwächt, so wird das Problem jetzt deutlicher wahrgenommen: Fanden 2017 noch ein Viertel der Befragten (26 Prozent) das Problem aufgebauscht, ist es 2019 nur noch jeder Fünfte (19 Prozent). Parallel dazu ist ein deutlicher Anstieg bei der bevorzugten Option des Fachkräftezuzugs feststellbar: Stimmten 2015 und 2017 rund ein Drittel (34 bzw. 33 Prozent) dieser Option zu, ist es jetzt

jeder Vierte (41 Prozent), d.h. es gibt einen Anstieg von rund 8 Prozentpunkten.

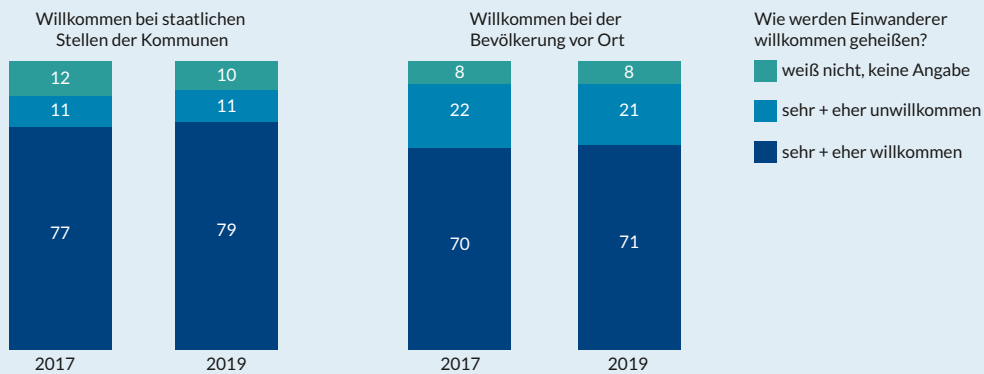
Trotz des starken Zuzugs von Geflüchteten wird die Herausforderung eines Fachkräftemangels heute deutlicher wahrgenommen und Migration von einer relativen Mehrheit als eine Lösung dieses Problems gesehen.

2.3 | Wahrgenommene Offenheit für Einwanderer wird stärker, für Geflüchtete schwächer

Bei der Wahrnehmung der Offenheit für Einwanderer und Geflüchtete bei den lokalen Behörden und in der Bevölkerung vor Ort ist ein Vergleich zwischen den Jahren 2017 und 2019 möglich. Dabei lässt sich feststellen, dass die Entwicklungen eine relative Stabilität aufweisen – mit einer leichten Divergenz im Blick auf Einwanderer und Geflüchtete.

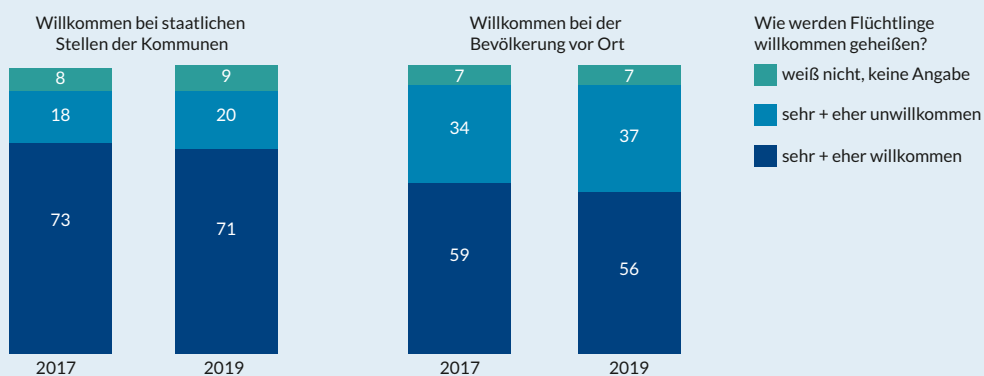
Offenheit für Einwanderer

Bei den Einwanderern, die aus Gründen der Arbeitsaufnahme oder Studien nach Deutschland kommen, nehmen die Befragten sowohl bei den staatlichen Stellen als auch bei der Bevölkerung vor Ort eine große Offenheit wahr, die sogar zwischen 2017 und 2019 leicht ansteigt. 2017 nahmen 77 Prozent wahr, dass Einwanderer bei den staatlichen Stellen vor Ort

ABBILDUNG 12 **Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich 2017–2019**

Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 13 **Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich 2017–2019**

Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.025 Befragte. Rundungsbedingte Differenzen zu 100 Prozent. Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

sehr oder eher willkommen waren. 2019 ist dieser Wert auf 79 Prozent gestiegen. Die Offenheit der lokalen Bevölkerung wird ähnlich ausgeprägt wahrgenommen: 2017 meinten 70 Prozent, Einwanderer würden von den Menschen vor Ort willkommen geheißen, 2019 sind 71 Prozent dieser Ansicht.

Offenheit für Geflüchtete

Die Wahrnehmung, dass Geflüchtete von den staatlichen Stellen in den Kommunen willkommen geheißen werden, ist etwas geringer als im Fall der Einwanderer, aber auch stark ausgeprägt: 73 Prozent waren 2017 dieser Ansicht, 2019 ist dieser Wert um zwei

Prozentpunkte zurückgegangen. Deutlich anders ist die Wahrnehmung der Offenheit der Bevölkerung vor Ort für Geflüchtete: Zwar wurde diese 2017 mehrheitlich positiv wahrgenommen, aber nur von 59 Prozent der Befragten und dieser Wert ist 2019 um drei Prozentpunkte gesunken.

Die Divergenz besteht also in den leicht entgegengesetzten Entwicklungen bei Einwanderern und Geflüchteten: Gegenüber ersteren gibt es einen leichten Anstieg der wahrgenommenen Offenheit, gegenüber letzteren einen leichten Rückgang. Insgesamt scheinen die Werte jedoch relativ stabil und bewegen sich im positiven Bereich, so dass von einer robusten Willkommenskultur gesprochen werden kann.

2.4 | Belastungsgrenzen bei der Aufnahme weiterer Geflüchteter werden weniger stark empfunden

Da beim Umgang mit Flüchtlingen drei Messzeitpunkte vorliegen, lassen sich nicht nur Entwicklungen, sondern Trends feststellen. Die Einstellungen wurden vor der Krise im Januar 2015, auf dem Höhepunkt der Krise im Januar 2017 und nach der Krise im April 2019 erhoben. Bei der Bereitschaft, aus humanitären Gründen mehr Flüchtlinge aufzunehmen, zeigt sich, dass sie vor der Krise mehrheitlich bei 51 Prozent der Befragten vorhanden war, aber auf dem Höhepunkt der Krise deutlich auf 37 Prozent zurückgegangen ist und auf diesem Wert 2019 bleibt. Die Aufnahmebereitschaft scheint also nach der Krise nicht wieder gestiegen zu sein. Berücksichtigt man allerdings die Ergebnisse einer Befragung Ende 2018 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der 35 Prozent der Ansicht waren, Deutschland solle zukünftig mehr Menschen aufnehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen (Faus/Storks 2019), könnte argumentiert werden, dass die Aufnahmebereitschaft 2018 noch einmal gefallen ist, aber jetzt doch wieder leicht ansteigt.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn nach den Belastungsgrenzen für die weitere Aufnahme von Geflüchteten gefragt wird. Vor der Krise sah nur eine Minderheit von 40 Prozent diese Grenzen erreicht, auf dem Höhepunkt der Krise vertrat eine Mehrheit

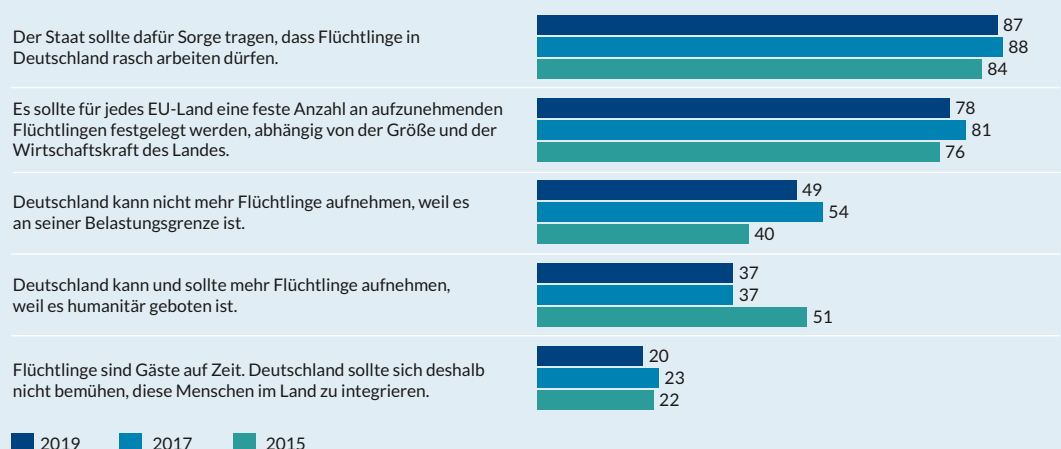
von 54 Prozent diese Ansicht; nach der Krise ist der Wert wieder auf 49 Prozent zurückgegangen, bleibt aber mit 9 Prozentpunkten deutlich über dem Wert vor der Krise. Der Stresstest des starken Zuzugs von Geflüchteten zwischen September 2015 und Januar 2017 hat also merkbare Spuren bei der Aufnahmebereitschaft hinterlassen.

Relativ stabil mit Werten zwischen 76 und 81 Prozent ist in diesem Kontext die Ansicht, die Geflüchteten sollten besser innerhalb der EU verteilt werden. Vor der Krise meinten 76 Prozent, jedes EU-Land sollte entsprechend seiner Größe und Wirtschaftskraft ein Kontingent von Geflüchteten aufnehmen. Auf dem Höhepunkt der Krise stieg dieser Wert auf 81 Prozent und 2019 nach der Krise fiel er wieder leicht auf 78 Prozent.

Zwei Fragen im Umgang mit Flüchtlingen beziehen sich auf die Integration und zeigen relativ stabile Antwortmuster über die Zeit. Mit Nachdruck und auf bleibend hohem Niveau vertreten die Befragten die Ansicht, der Staat solle Geflüchteten zügig die Aufnahme von Arbeit ermöglichen: 2015 waren es 84 Prozent, 2017 88 Prozent und 2019 87 Prozent.

Historisch betrachtet ist das ein bemerkenswertes Phänomen. In der ersten Fluchtkrise der 90er Jahre, als die Zahl der Asylbewerber auf beinahe eine halbe Million anstieg, galt ein Arbeitsverbot – auch um weitere Flüchtlinge abzuschrecken. In der zweiten

ABBILDUNG 14 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich 2015–2019**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

Fluchtkrise der vergangenen Jahre verfolgte die Politik eine andere Linie und senkte die Hürden für die Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern trotz noch höherer Zuzugszahlen. Das liegt einerseits sicher an der veränderten wirtschaftlichen Lage, hat aber andererseits auch einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung, wie die Umfrage belegt.

2.5 | Integrationsleistungen werden weiterhin erwartet, Maßnahmen gegen Benachteiligungen finden steigende Zustimmung

Die folgenden Entwicklungen geben Hinweise dafür, ob und wie sich das Verständnis von Integration geändert hat.

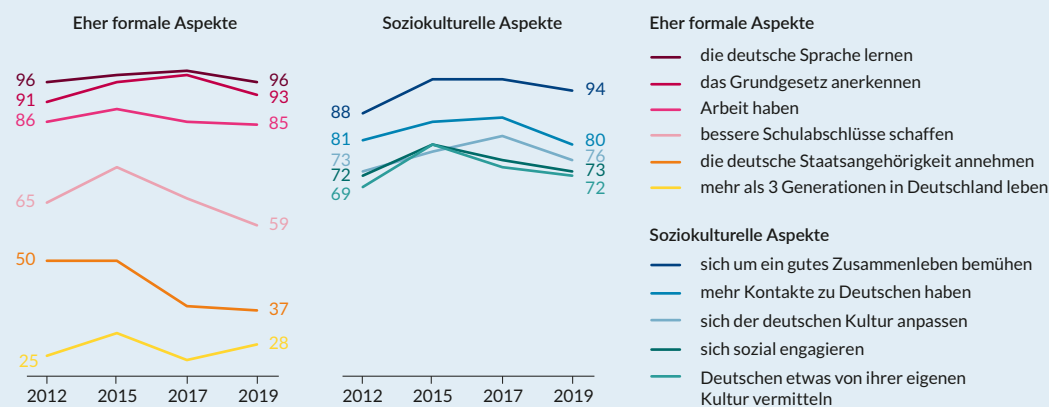
Was Zuwanderer tun müssen, um willkommen zu sein

Die Einschätzungen zur Frage, was Zuwanderer machen müssen, um willkommen zu sein, sind über die vier Messzeitpunkte 2012, 2015, 2017 und 2019 relativ stabil. Bei den meisten Aspekten ist der Trend bis 2015 oder 2017 leicht ansteigend, fällt 2019 aber wieder leicht auf ein ähnliches Niveau wie beim Ausgangspunkt 2012. Das lässt sich so interpretieren, dass die Erwartungen gegenüber den zu erbringenden Leistungen von Zuwanderern für eine gelingende Integration relativ konstant sind und auch nicht durch

die Fluchtkrise verändert wurden. Es dominieren über die Jahre eher leistungsbezogene und weniger statusbezogene Ansprüche.

Auffällige Abweichungen vom dominierenden Trendmuster sind bei vier Entwicklungen festzuhalten. Der Anspruch an Zuwanderer, bessere Schulabschlüsse zu erzielen, geht von 2012 nach einem stärkeren Anstieg 2015 in den kommenden Jahren zurück und fällt 2019 auf einen gegenüber dem Ausgangswert sechs Prozentpunkte niedrigeren Wert von 59 Prozent. Noch deutlicher ist dieser abweichende Trend bei der Erwartung der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Zuwanderer: 2012 haben das noch die Hälfte der Befragten erwartet, dieser Wert fällt dann deutlich 2017 und noch einmal leicht 2019 auf 37 Prozent. Die formale Staatsbürgerschaft ist für immer weniger Befragte ein Kriterium gelingender Integration. Diese Entwicklung entbehrt nicht einer gewissen Problematik, weist sie doch darauf hin, dass für immer mehr Menschen in Deutschland der deutsche Pass keine „Garantie“ auf Akzeptanz als integrierter Deutscher mehr zu sein scheint. Es mag auch eine Rolle spielen, dass in der aktuellen Migrationsdebatte Einbürgerungstests, doppelte Staatsbürgerschaft oder das kommunale Wahlrecht für Ausländer als Themen stark in den Hintergrund gerückt sind. Die abnehmende Bedeutung der Staatsbürgerschaft spiegelt sich auf niedrigem Niveau auch im dritten abweichenden „Zick-Zack“-Trend bei der wechselhaften Einschätzung, Zuwanderer müssten drei Generationen in Deutschland leben, um hier willkommen

ABBILDUNG 15 Erwünschte Eigeninitiative der Zugewanderten – Trend



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Und was von dem Folgenden müssten die Einwanderer selbst tun, um in Deutschland willkommen zu sein? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

men zu sein: 2012 war jeder vierte dieser Ansicht (25 Prozent), 2015 stieg der Wert an, 2017 sank er wieder und stieg erneut 2019 auf jetzt 28 Prozent an. Es wäre wohl zu weitgehend, im letzten Anstieg einen Effekt der Kontroverse um Mesut Özil und Ilkay Gündogan wegen ihres Besuchs beim türkischen Präsidenten Erdogan im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2018 in Russland als Grund für diese Entwicklung anzunehmen – als ein Indikator dafür, dass eine beträchtliche Anzahl von Menschen in Deutschland Zuwanderer in der zweiten Generation mit deutschem Pass noch nicht vorbehaltlos akzeptieren, kann die mediale Dauerdebatte von 2018 um die Loyalität türkischstämmiger Fußballnationalspieler mit einer gewissen Plausibilität gedeutet werden. Die vierte abweichende Entwicklung entspricht zwar dem dominanten Trendmuster, der Wert von 2019 ist aber gegenüber dem Ausgangswert von 2012 deutlich gestiegen: Es handelt sich dabei um die Ansicht, Zuwanderer müssten sich um ein gutes Zusammenleben mit den Deutschen bemühen, wenn sie willkommen sein wollen. 2012 vertraten das 88 Prozent, jetzt sind es – nach noch höheren Werten 2015 und 2017 – 94 Prozent.

Wo die größten Integrationshindernisse liegen

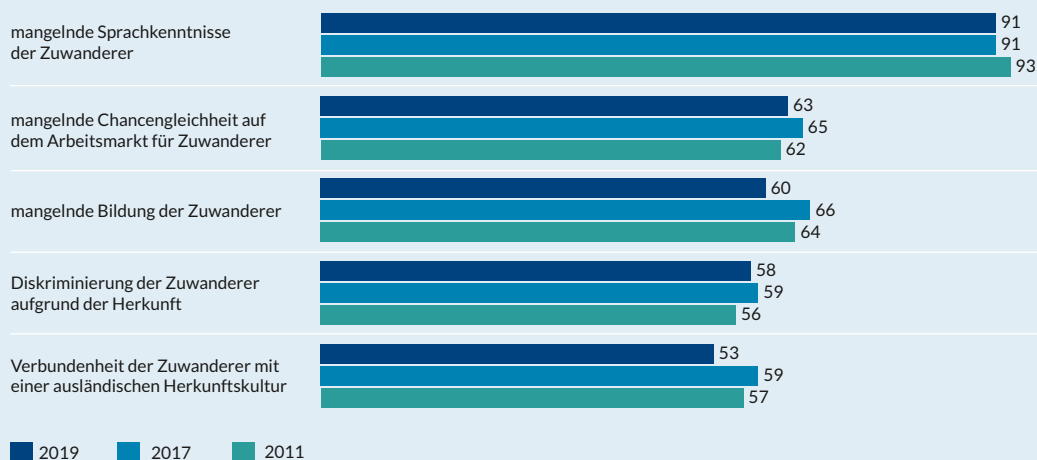
Die Einschätzungen, wo die größten Hindernisse für Integration liegen, sind ebenfalls über die drei Mess-

zeitpunkte 2011, 2017 und 2019 relativ stabil. Das Trendmuster spiegelt einen leichten Anstieg von 2011 auf 2017 wider, der dann 2019 zurückgeht und etwas hinter den Ausgangswert von 2011 zurückfällt. Leichte Abweichungen von diesem Muster gibt es bei den Einschätzungen zur mangelnden Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Zuwanderer und der Diskriminierung von Zuwanderern aufgrund ihrer Herkunft: Hier fallen die Werte von 2019 nicht hinter die Ausgangswerte von 2011 zurück, sondern bleiben nach einem leichten Anstieg 2017 höher. So sehen heute 63 Prozent mangelnde Chancen von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt – gegenüber 62 Prozent vor acht Jahren. Bei der Einschätzung der Diskriminierung als eines der Haupthindernisse für Integration ist der Anteil 2019 mit 58 Prozent um zwei Prozentpunkte höher als 2011.

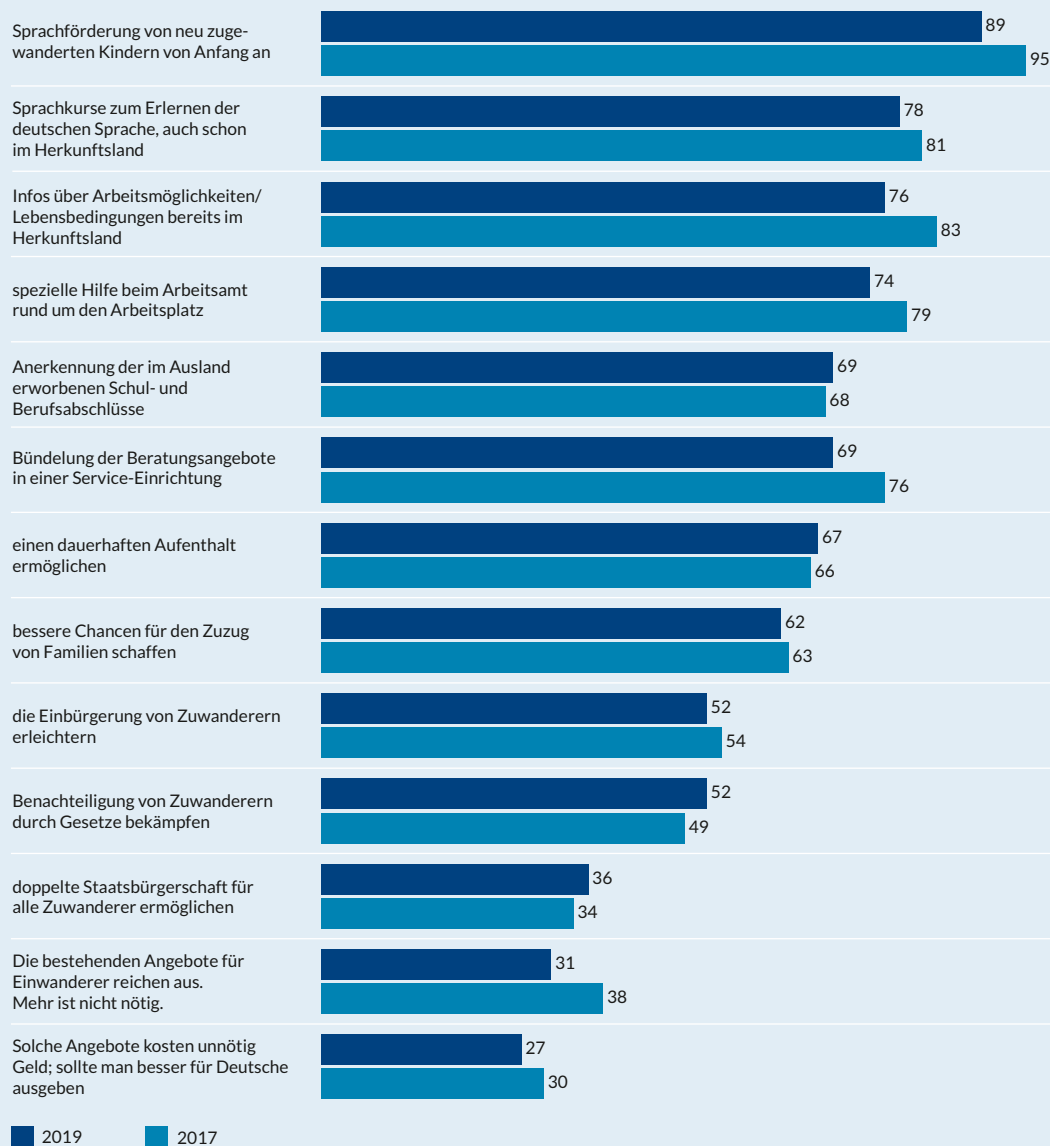
Was Deutschland tun muss, um attraktiver für ausländische Fachkräfte zu sein

Hier liegen keine Trends vor, weil es nur zwei Messzeitpunkte für dieselben Fragen gibt. Allerdings gab es 2012 und 2015 ähnliche Fragen, klare Trendausagen können aber wegen der Unterschiede bei den Frageformulierungen und den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten nicht gemacht werden. So liegt der Fokus hier auf der Entwicklung zwischen den Jahren 2017 und 2019. Bei den meisten Antworten gibt

ABBILDUNG 16 **Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich 2011–2019**



Mehrfachnennung möglich; Angaben in Prozent. Frage: Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

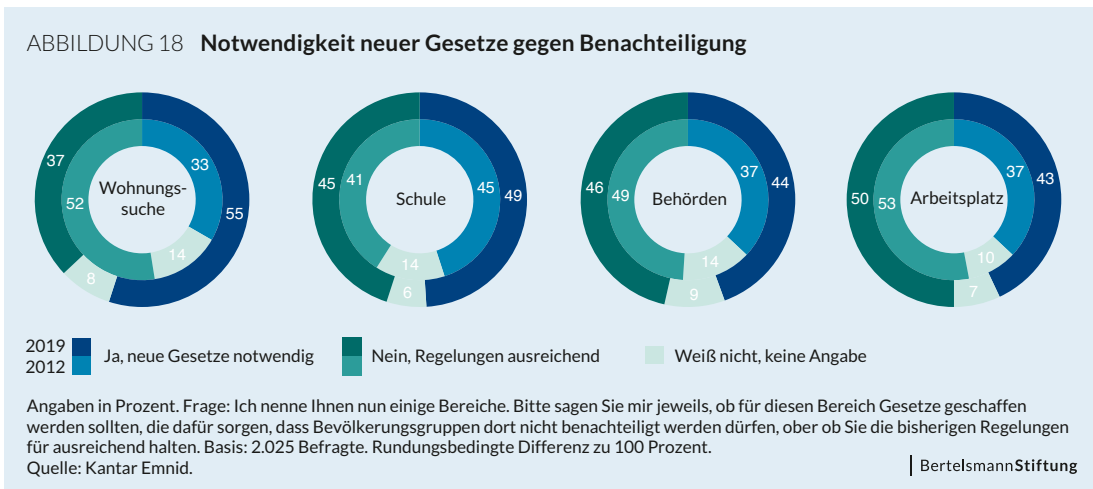
ABBILDUNG 17 **Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte: Vergleich 2017–2019**

Mehrfachnennungen möglich; Angaben in Prozent. Frage: Die Entscheidung darüber, welches Zielland Fachkräfte aus dem Ausland wählen, hängt von verschiedenen Rahmenbedingungen ab, die im Zielland gegeben sind. Was meinen Sie: Was sollte Deutschland tun, um für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv zu sein? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

es leichte Rückgänge. Etwas anders ist das bei vier Antworten, wo es leichte Anstiege gibt. Interessanterweise geht es bei allen dieser vier Antworten um rechtliche Aspekte, wie die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die Ermöglichung von dauerhaftem Aufenthalt und doppelter Staatsbürgerschaft sowie Gesetze gegen Benachteiligung. Bei dieser Einschätzung, ob Gesetze gegen Benachteiligung die Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte steigern könnten, gibt es auch den größten Zuwachs von drei

Prozentpunkten, so dass jetzt eine Mehrheit von 52 Prozent dieser Ansicht ist, während es 2017 49 Prozent waren. Berücksichtigt man, dass 2012 bei einer ähnlichen Frage nach attraktiven Lebensbedingungen für Einwanderer 47 Prozent diesem Aspekt gesetzlicher Bekämpfung von Benachteiligung von Zuwanderern zustimmten, kann von einem steigenden Trend gesprochen werden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012).



Wo Gesetze gegen Benachteiligungen nötig sind

Dieser Trend zugunsten einer stärkeren gesetzlichen Bekämpfung der Benachteiligung von Zuwanderern spiegelt sich auch wieder in den gestiegenen Zustimmungswerten zu Gesetzen in unterschiedlichen Problemfeldern zwischen 2012 und 2019, um benachteiligte Gruppen – nicht nur Zuwanderer – besser zu schützen.

Besonders stark gestiegen ist die Zustimmung zu gesetzlichen Maßnahmen gegen Benachteiligung im Feld der Wohnungssuche: 2012 fanden nur ein Drittel Gesetze nötig, jetzt sind es mehr als die Hälfte mit 55 Prozent.

Ebenfalls gesteigerte Zustimmungen zu Gesetzen gibt es im Blick auf Benachteiligungen in Schule, bei Behörden und am Arbeitsplatz, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau: Im Schulbereich plädieren

49 Prozent für gesetzliche Regelungen gegenüber 45 Prozent vor sieben Jahren, bei Behörden sprechen sich heute 44 Prozent gegenüber 37 Prozent 2012 dafür aus und am Arbeitsplatz sehen jetzt 43 Prozent die Notwendigkeit von Gesetzen zur Bekämpfung von Benachteiligungen gegenüber ebenfalls 37 Prozent vor sieben Jahren.

Insgesamt zeigt sich über die Jahre ein relativ stabiles Verständnis von Integration, das die Eingliederung nicht einseitig als Assimilation der Zuwanderer sieht, sondern auch berücksichtigt, dass die Aufnahmegesellschaft die Teilhabe der Zuwanderer aktiv fördern bzw. ihre Benachteiligung aktiv bekämpfen muss. Die Sensibilität für die Integrationsleistungen der Aufnahmegesellschaft ist über die Jahre sogar leicht gestiegen, was sich exemplarisch in der steigenden Zustimmung zu Gesetzen gegen Benachteiligungen äußert.

3 | Relevante Faktoren für die Einstellungen

Die in der Umfrage erhobenen Daten zu den Hintergründen der Befragten ermöglichen Vergleiche im Antwortverhalten im Blick auf die regionale Herkunft, das Alter, den Bildungsstand, das Geschlecht und den Migrationshintergrund. Besonders viele Unterschiede in den Einschätzungen korrelieren mit Unterschieden in Bildung, Alter und regionaler Herkunft, weniger Unterschiede ergeben sich in Korrelation mit Geschlecht und Migrationshintergrund.

3.1 | Faktor Region: Ost und West unterscheiden sich

Ost- und Westdeutschland haben aufgrund der langen Teilung in verschiedenen politischen Systemen unterschiedliche Migrationsgeschichten und Erfahrungen im Umgang mit Vielfalt. So beträgt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund heute in den alten Bundesländern inklusive Berlin nach Angaben des letzten Mikrozensus rund 27 Prozent, in den neuen Bundesländern aber nur rund 7 Prozent. Zu berücksichtigen ist bei Ost-West-Vergleichen allerdings die innerdeutsche Mobilität seit der Wiedervereinigung: Viele in Ostdeutschland geborene und sozialisierte Personen leben heute im Westen und viele westdeutsch geprägte Personen leben heute im Osten.

Die Unterschiede in den Einschätzungen zu Migration, Integration und Vielfalt zwischen Befragten, die im Westen oder im Osten leben, sind durch viele Studien nachgewiesen, u.a. auch durch unsere umfragebasierten Studien zur Willkommenskultur seit 2012.

Ausgeprägte Unterschiede (ab 10 Prozentpunkten) in der aktuellen Umfrage von 2019

Die Migrationsskepsis ist im Osten ausgeprägter: Exemplarisch steht dafür die Einschätzung, dass Zuwanderung die Sozialkassen zusätzlich belastet – im Westen sind 68 Prozent dieser Ansicht, im Osten 83 Prozent. Sehr unterschiedlich werden auch die Chancen von Zuwanderung bewertet: Z.B. glaubt nur rund ein Drittel der Ostdeutschen (36 Prozent), dass Zuwanderung den Fachkräftemangel ausgleiche, wäh-

rend die Hälfte der Westdeutschen diese Meinung vertritt.

Bei der allgemeinen Bewertung von Einwanderung sind sich zwar West- und Ostdeutsche einig, dass sie positiv für die Wirtschaft ist, im Westen sind aber 67 Prozent dieser Ansicht, im Osten dagegen 55 Prozent. Ostdeutsche sind dann auch kritischer gegenüber dem Umfang von Einwanderung: 60 Prozent glauben, dass es zu viel Einwanderung gibt, im Westen sind das 50 Prozent.

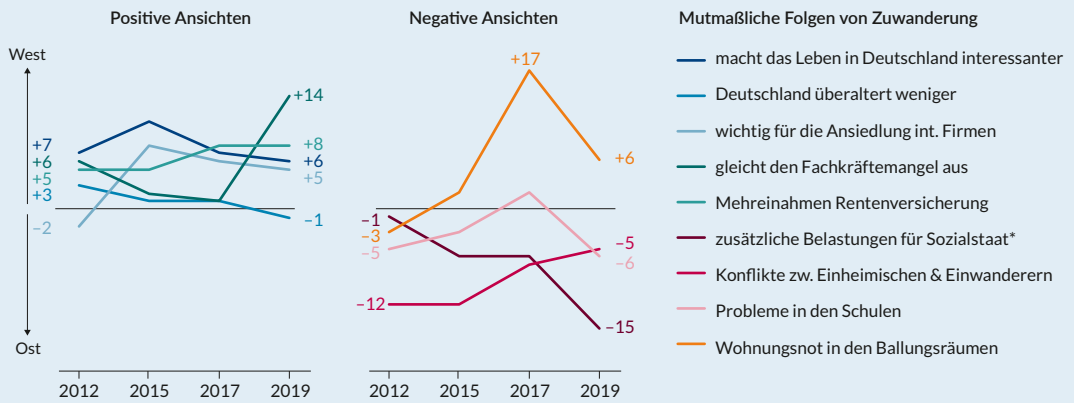
Besonders stark auseinander gehen die Einschätzungen zwischen Ost und West bei der Frage, wie willkommen Einwanderer und Geflüchtete vor Ort bei Behörden und Bevölkerung sind: Im Westen nehmen 59 Prozent wahr, dass die Menschen vor Ort die Geflüchteten willkommen heißen, im Osten sind es nur 42 Prozent.

Im Blick auf die Strategien gegen einen möglichen Fachkräftemangel oder bei den Einschätzungen zu den Belastungsgrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme sowie zu den Integrationsleistungen von Zuwanderern und den Hindernissen für Integration gibt es im Einzelnen viele Unterschiede, die sich aber alle unterhalb von 10 Prozentpunkten bewegen. Einzig bei der Frage, in welchen Bereichen neue Gesetze zur Bekämpfung von Benachteiligungen bestimmter Bevölkerungsgruppen nötig seien, divergieren Ost- und Westdeutsche stark. So vertreten im Osten 57 Prozent die Ansicht, neue Gesetze müssten die Benachteiligung in Schulen bekämpfen, während das im Westen nur 47 Prozent glauben. Umgekehrt ist die Überzeugung, es brauche neue Gesetze gegen die Benachteiligung am Arbeitsplatz, stärker im Westen mit 45 Prozent als im Osten mit 34 Prozent ausgeprägt.

Gegenläufige Trends im Zeitverlauf: Auseinanderdriften und Annäherungen

Werden die Ansichten zur Zuwanderung im Osten und Westen über die Jahre verglichen, so ergibt sich ein komplexes Bild. Insgesamt urteilt die Bevölkerung in den alten Bundesländern nach wie vor im Durchschnitt positiver – mit Ausnahme der negativen Folgen der Einwanderung für den Wohnungsmarkt. Im Detail sind Angleichungstendenzen zu beobachten, aber in fünf Bereichen driften die Einschätzungen im Siebenjahresvergleich zwischen 2012 und 2019 deutlich aus-

ABBILDUNG 19 Ansichten zur Zuwanderung: Vergleich Ost/West

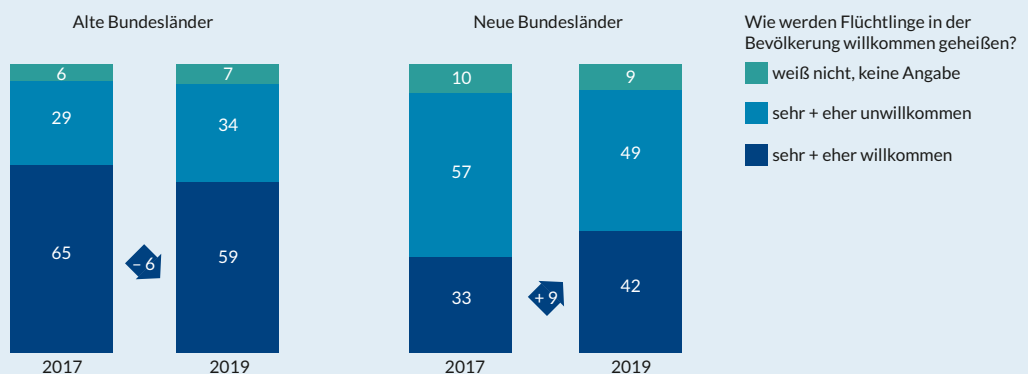


West: Mehr Zustimmung in den Alten Ländern Ost: Mehr Zustimmung in den Neuen Ländern

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 2.025 Befragte (*) Wortlaut 2012: „führt zu zusätzlichen Belastungen bei Hartz 4 und ALG I“. Quelle: Kantar Emnid.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 20 Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Ost/West



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

BertelsmannStiftung

einander: Im Blick auf mögliche positive Effekte von Einwanderung bei der Frage der Bedeutung von Einwanderung für die Ansiedlung internationaler Firmen sowie bei der Frage, ob Einwanderung den Fachkräftemangel ausgleichen kann und im Blick auf mögliche negative Effekte der Einwanderung bei der Frage der möglichen steigenden Probleme am Wohnungsmarkt, bei der Frage der zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat und bei der Frage nach möglichen Konflikten zwischen Einwanderern und Einheimischen. Mit Ausnahme der Einschätzung zum Wohnungsmarkt wird der Osten im Vergleich zum Westen kritischer.

Eine Angleichung zwischen Ost und West ist bei der Wahrnehmung der Offenheit der Bevölkerung vor Ort für Geflüchtete zu beobachten. Befragte im Westen nehmen – von einem relativ hohen Niveau kommend – die Entwicklung kritischer wahr, die Offenheit geht nach ihren Einschätzungen von 65 auf 59 Prozent zurück. Umgekehrt nehmen Befragte im Osten – von einem relativ niedrigen Niveau kommend – eine positive Entwicklung wahr: Meinten 2017 nur ein Drittel der Befragten, Flüchtlinge würden von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen, sind es 2019 42 Prozent. Freilich bleibt es, wie oben bereits

vermerkt, bei dem großen Abstand von 17 Prozentpunkten zwischen West und Ost.

Vergleiche zwischen Ost und West verdecken möglicherweise andere regionale Muster, die jedoch ohne detaillierte Zahlen zu den einzelnen Bundesländern nicht genauer erläutert werden können. Hinweise auf komplexere Muster sind in der vorliegenden Umfrage enthalten. Das Beispiel der Frage, ob es zu viel Einwanderung in Deutschland gibt, kann das verdeutlichen. Im Westen (einschließlich Berlins) sind 50 Prozent der Befragten dieser Ansicht, im Osten 60 Prozent. Geht man auf die Ebene der Bundesländer, stellt man fest, dass auch im Süden rund 60 Prozent meinen, es gäbe zu viel Einwanderung, nämlich in Baden-Württemberg 61 Prozent und in Bayern 58 Prozent. Allerdings sind die vorliegenden Fallzahlen zu gering, um seriöse Bundesländervergleiche durchführen zu können: Aussagen für die großen Bundesländer wie NRW mit 438 Befragten und Bayern mit 317 Befragten sind zwar mit Vorsicht möglich, aber bei den anderen Bundesländern ist das nicht der Fall.

Internationale Umfragen belegen, dass in allen Ländern die Akzeptanz von Migration und Vielfalt höher ist bei Personen, die Einwanderer kennen (Fleming u.a. 2018). Da in Ostdeutschland die Wahrscheinlichkeit persönlicher Kontakte zwischen Migranten und Nicht-Migration faktisch wesentlich geringer ist als in Westdeutschland, sind die Ergebnisse von Ost-West-Vergleichen bei Einstellungen zu Migration und Integration in Deutschland plausibel.

3.2 | Faktor Alter: Die aufgeschlossene U30-Generation

In der jüngeren Generation sind persönliche Kontakte zwischen Migranten und Nicht-Migranten Alltag, denn der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist hier wesentlich höher als bei älteren Jahrgängen.

Tatsächlich sind große Unterschiede in den Einschätzungen und Meinungen im Bereich von 10 Prozentpunkten und mehr feststellbar, wenn man die Generation der Unter-Dreißigjährigen mit den Personen vergleicht, die 30 Jahre und älter sind.

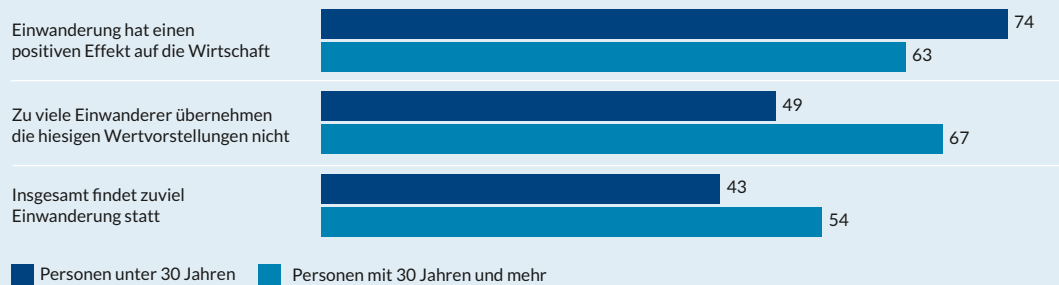
Junge und Ältere weisen ausgeprägte Divergenzen bei der Folgenabschätzung und allgemeinen Bewertung von Einwanderung auf. 58 Prozent der Jungen befürchten, dass Zuwanderung den Sozialstaat zusätzlich belastet, bei den Älteren sind das 74 Prozent. 59 Prozent der Jungen sehen zunehmende Konflikte durch Einwanderung gegenüber 72 Prozent bei den Älteren. Probleme in den Schulen als Folge von Einwanderung sieht in der jungen Generation nur eine knappe Minderheit (46 Prozent), bei den Älteren sind es 69 Prozent. Wohnungsnot infolge von Zuwanderung befürchten Ältere wesentlich stärker als junge Menschen (63 Prozent gegenüber 47 Prozent). Den positiven Effekt von Zuwanderung auf die Altersstruktur in der Bevölkerung sehen Ältere ebenfalls ausgeprägter (67 versus 53 Prozent). Bei der allgemeinen Bewertung von Einwanderung fallen die positiveren Einschätzungen der jungen Generation auch deutlich aus. 74 Prozent der Unter-Dreißigjährigen sehen einen positiven Effekt auf die Wirtschaft, bei den Älteren sind es 63 Prozent. Nur eine knappe Minderheit bei den Jüngeren ist der Ansicht, dass zu viele Zuwanderer die Wertvorstellungen der Aufnahmegesellschaft nicht übernehmen (49 Prozent) und es zu viel Einwanderung gibt (43 Prozent) – in der älteren Generation vertreten Mehrheiten diese Positionen der mangelnden kulturellen Anpassung bei den Wertvorstellungen (67 Prozent) und einer zu hohen Einwanderung (54 Prozent).

Bei der Frage des Fachkräftemangels gibt es ähnliche Einschätzungen – bis auf die Frage der Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen, die 36 Prozent der jungen Generation als Strategie gegen den Fachkräftemangel präferieren, während es bei den Älteren nur 25 Prozent sind.

Dem positiveren Blick der Jugend auf Einwanderung entspricht auch der Befund, dass die Willkommenskultur in der Bevölkerung positiver wahrgenommen wird – das gilt sowohl gegenüber Geflüchteten als auch gegenüber Einwanderern. 67 Prozent der Jüngeren nehmen wahr, dass Geflüchtete vor Ort von den Menschen willkommen geheißen werden – gegenüber 53 Prozent bei den Älteren. Bei den Einwanderern nehmen sogar 80 Prozent der Jüngeren eine Offenheit in der lokalen Bevölkerung wahr, bei den Älteren sind es 68 Prozent.

Bei der Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete unterscheiden sich Junge und Ältere dementsprechend

ABBILDUNG 21 **Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Alter**



Dargestellt: Zustimmung („stimme sehr“/„eher zu“) in Prozent. Frage: Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr zu, eher zu, lehnen Sie diese eher ab oder sehr ab? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

BertelsmannStiftung

stark. Nur ein Drittel der jungen Menschen (33 Prozent) ist der Ansicht, dass die Belastungsgrenzen für die Aufnahme weiterer verfolgter Menschen erreicht seien – bei den Älteren ist es eine Mehrheit von 53 Prozent. Folgerichtig meinen 49 Prozent der Jüngeren, Deutschland könne mehr Flüchtlinge aufnehmen, während bei den Älteren nur ein Drittel (34 Prozent) diese Meinung vertritt.

Schließlich ist das Integrationsverständnis der jungen Generation in dem Sinne anders, dass diese mehr Handlungsbedarf für bessere Teilhabe bei Akteuren der Aufnahmegesellschaft sieht als bei den Zuwanderern selbst, was u.a. sicher an ihrer größeren Sensibilität für Benachteiligungen von Minderheiten liegt. So sehen Jüngere die größten Integrationshindernisse eher bei der Diskriminierung von Zuwanderern (72 Prozent gegenüber 54 Prozent bei den Älteren) als in der mangelnden Bildung der Zuwanderer (52 Prozent gegenüber 62 Prozent bei der Generation 30Plus) oder in der Verbundenheit der Zuwanderer mit ihrer Herkunftskultur (43 Prozent gegenüber 56 Prozent bei den Älteren). Die Einschätzungen dazu, was Zuwanderer tun müssen, um willkommen zu sein, unterscheiden sich teilweise stark zwischen Jung und Alt. Bessere Schulabschlüsse von Zuwanderern nennen in diesem Feld 37 Prozent der Jungen im Unterschied zu 65 Prozent bei den Älteren. Mehr Kontakte der Zuwanderer zu Deutschen halten 61 Prozent der Jüngeren, aber 86 Prozent der Älteren für wichtig. 64 Prozent der jungen Generation meinen, Zuwanderer müssten sich besser anpassen an die deutsche Kultur, um in Deutschland willkommen zu sein – bei den Älteren sind es 79 Prozent. Letztere wollten dagegen zu 74 Prozent, dass Zuwanderer den Deutschen etwas von ihrer eigenen Kultur vermitteln, während es bei

den Jüngeren 62 Prozent sind. Nur Minderheiten bei Jung und Alt glauben, dass Zuwanderer drei Generationen in Deutschland leben müssen, um im Land willkommen zu sein – aber auch in diesem Rahmen finden sich große Unterschiede (31 Prozent bei den Älteren gegenüber 17 Prozent bei den Jüngeren). Umgekehrt halten jüngere Menschen rechtliche, auf Teilhabe zielende Regelungen für wesentlich bedeutsamer, um Deutschland attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen. 75 Prozent der Jüngeren halten es für wichtig, Perspektiven auf einen dauerhaften Aufenthalt zu eröffnen (gegenüber 64 Prozent bei den Älteren), eine gleich große Zahl hält bessere Regelungen zum Familiennachzug für zentral (gegenüber 58 Prozent bei den Älteren), zwei Drittel der Jungen favorisieren eine erleichterte Einbürgerung (gegenüber 49 Prozent bei den Älteren), 64 Prozent halten Gesetze gegen Benachteiligung der Zuwanderer für wichtig (gegenüber 48 Prozent der Älteren) und 53 Prozent sprechen sich für die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft aus – bei den Älteren vertreten nur 31 Prozent diese Position.

Die größere Sensibilität in der jungen Generation für Benachteiligung zeigt sich auch bei den Fragen, ob und wo es Gesetze braucht, um benachteiligte Gruppen besser zu schützen. 65 Prozent der Jüngeren fordern gesetzliche Regelungen angesichts der Probleme bei der Wohnungssuche gegenüber 53 Prozent bei den Älteren. Angesichts der Benachteiligungen bei Behörden fordern in diesem Feld 53 Prozent der Jüngeren mehr Gesetze – bei den Älteren sind es nur 42 Prozent. Und auch gegen Benachteiligungen am Arbeitsplatz fordern Jüngere mehrheitlich gesetzliche Regelungen (54 Prozent), während das bei den Älteren nur eine Minderheit von 40 Prozent vertritt.

Die Unterschiede zwischen der Generation unter 30 Jahren und den Generationen ab 30 Jahren lassen sich plausibel auf das unterschiedliche demographische Profil dieser Jahrgänge zurückführen. Bei den Jungen ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund wesentlich höher, nämlich rund 30 Prozent, bei den Älteren beträgt der Anteil nur rund 10 Prozent. Migration und Vielfalt ist in der jungen Generation Alltag, während die Menschen ab 30 Jahren weniger häufig die Perspektiven von Migranten einnehmen und weniger Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund haben.

3.3 | Faktor Bildung: Höhere Bildungsabschlüsse gehen mit größerer Offenheit einher

Höhere Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung gehen einher mit einer größeren Offenheit für Einwanderung und Einwanderer. Das wird besonders deutlich, wenn das Antwortverhalten der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss mit dem der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss verglichen wird.

Bei der allgemeinen Bewertung von Einwanderung und Einwanderern betragen die Unterschiede bis zu 24 Prozentpunkte im Fall der Überzeugung, dass es zu viel Einwanderung in Deutschland gibt: Diese Ansicht vertreten 61 Prozent der Personen mit Volks-/Hauptschulabschluss gegenüber 37 Prozent der Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss. Diesem Befund entsprechen die Abschätzungen bzgl. der Folgen von Einwanderung: Höhergebildete sehen Vor-

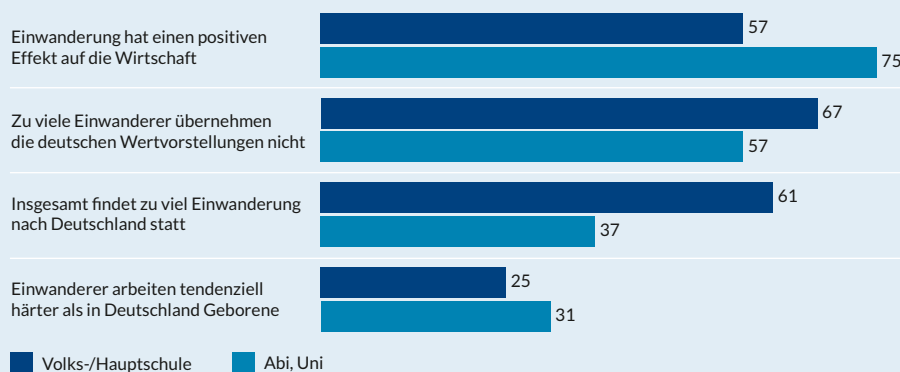
teile wesentlich ausgeprägter und Nachteile deutlich weniger ausgeprägt. Beispielsweise befürchten 74 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss Wohnungsnot infolge der Zuwanderung, bei den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss sind es nur 44 Prozent.

Höher Gebildete sprechen sich auch eher für den Zuzug von ausländischen Fachkräften als Strategie gegen den Fachkräftemangel aus (46 Prozent im Vergleich zu immerhin 38 Prozent bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss).

Große Unterschiede gibt es auch bei der Wahrnehmung der Offenheit in der Bevölkerung vor Ort gegenüber Einwanderern und Geflüchteten. Bei Einwanderern beträgt der Abstand 23 Prozentpunkte (80 Prozent bei den Höhergebildeten im Vergleich zu 57 Prozent) und bei Geflüchteten 12 Prozentpunkte (62 Prozent bei den Höhergebildeten im Vergleich zu 50 Prozent).

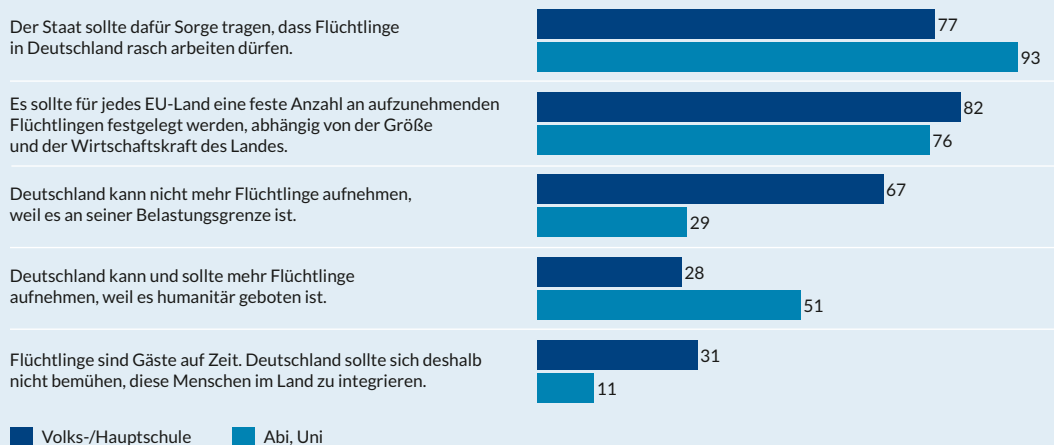
Sehr unterschiedlich sind auch die Einschätzungen zum Umgang mit Geflüchteten. So sehen 67 Prozent der Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss die Belastungsgrenzen erreicht und sprechen sich gegen die weitere Aufnahme von Verfolgten aus – ein Unterschied von 38 Prozentpunkten im Vergleich mit den Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss, die nur zu 29 Prozent gegen eine weitere Aufnahme sind. Bei ihnen ist sogar eine knappe Mehrheit für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus humanitären Gründen.

ABBILDUNG 22 Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Bildungsabschlüsse



Dargestellt: Zustimmung („stimme sehr“/„eher zu“) bzw. Ablehnung („lehne eher“/„sehr ab“) in Prozent, zu 100 Prozent fehlend: weiß nicht, keine Angabe. Frage: Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr zu, eher zu, lehnen Sie diese eher ab oder sehr ab? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

ABBILDUNG 23 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich Bildungsabschlüsse**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen? Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

BertelsmannStiftung

Beim Integrationsverständnis fällt auf, dass die Anpassungserwartung bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss höher ist. So sind 87 Prozent dieser Gruppe der Ansicht, Zuwanderer müssten sich der deutschen Kultur anpassen. Bei den Höhergebildeten sind es weniger, aber mit 72 Prozent immer noch eine große Mehrheit. Umgekehrt sind die Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss zurückhaltender, was Unterstützung und Förderung durch die Aufnahmegesellschaft angeht: 43 Prozent sind der Ansicht, die Angebote für Fachkräfte reichten aus, um Deutschland für diese attraktiv zu machen – im Vergleich zu 22 Prozent bei den Höhergebildeten. 40 Prozent sind sogar der Ansicht, man solle die Mittel nicht im Blick auf ausländische Fachkräfte, sondern für Deutsche ausgeben – das ist ein Abstand von 27 Prozentpunkten im Vergleich zu den Höhergebildeten.

3.4 | Faktor Geschlecht: Frauen denken anders über Migration – zumindest ein wenig

Frauen sind tendenziell etwas offener für Einwanderung und Einwanderer, aber die Unterschiede im Antwortverhalten zwischen Frauen und Männern sind nicht sehr ausgeprägt. Einer der größten Unterschiede besteht bei der Einschätzung dazu, inwieweit die Diskriminierung von Zuwanderern ein Integrationshindernis darstellt – bei den Frauen sind 63 Prozent dieser Ansicht, bei den Männern nur 52 Prozent.

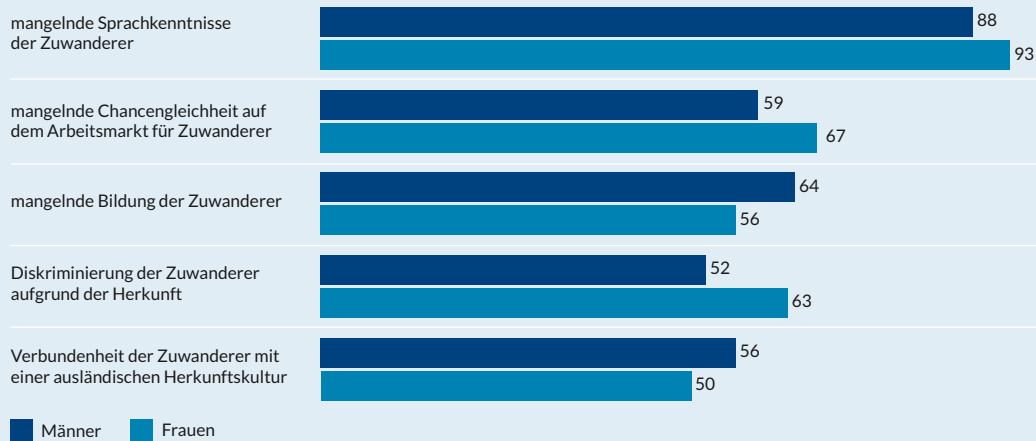
Nicht überraschend ist auch der ausgeprägte Unterschied bei der Bewertung der Erhöhung der Frauenerwerbsquote als Strategie gegen den Fachkräftemangel: Bei den Frauen sind 31 Prozent dafür, bei den Männern nur 23 Prozent. Beide bevorzugen allerdings den Zuzug ausländischer Fachkräfte (Männer zu 42 Prozent, Frauen zu 40 Prozent).

3.5 | Faktor Migrationshintergrund: Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede

Erstaunlich ist, dass Personen mit und ohne Migrationshintergrund sich in den meisten Positionen ähneln – das kann durchaus als ein Beleg für die Integration in Deutschland gesehen werden.

In einigen Bereichen gibt es aber auch deutliche Unterschiede. So sind 27 Prozent der Migranten der Ansicht, Deutschland werde durch Einwanderung ein besserer Ort im Vergleich zu nur 16 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund – aber selbst bei dieser Frage ist auffällig, dass es in beiden Gruppen nur Minderheiten sind. Denn auch Migranten sehen negative Folgen von Einwanderung, allerdings deutlich weniger ausgeprägt als die Nicht-Migranten. Personen ohne Migrationshintergrund sehen zu 72 Prozent zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat bei Einwanderung, bei den Migranten sind es nur 62 Prozent. 70 Prozent der Nicht-Migranten meinen, dass Einwanderung zu Konflikten zwischen Einwande-

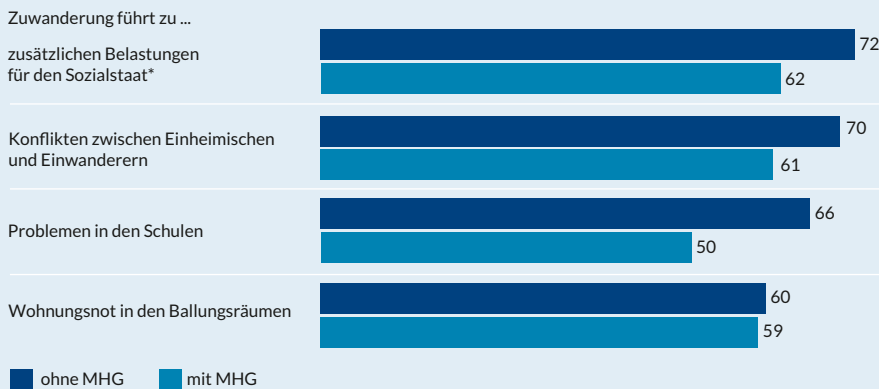
ABBILDUNG 24 Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich Geschlecht



Mehrfachnennung möglich; Angaben in Prozent. Frage: Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland? Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 25 Negative Ansichten zur Zuwanderung: Vergleich Migrationshintergrund



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 2.025 Befragte.
Quelle: Kantar Emnid.

| BertelsmannStiftung

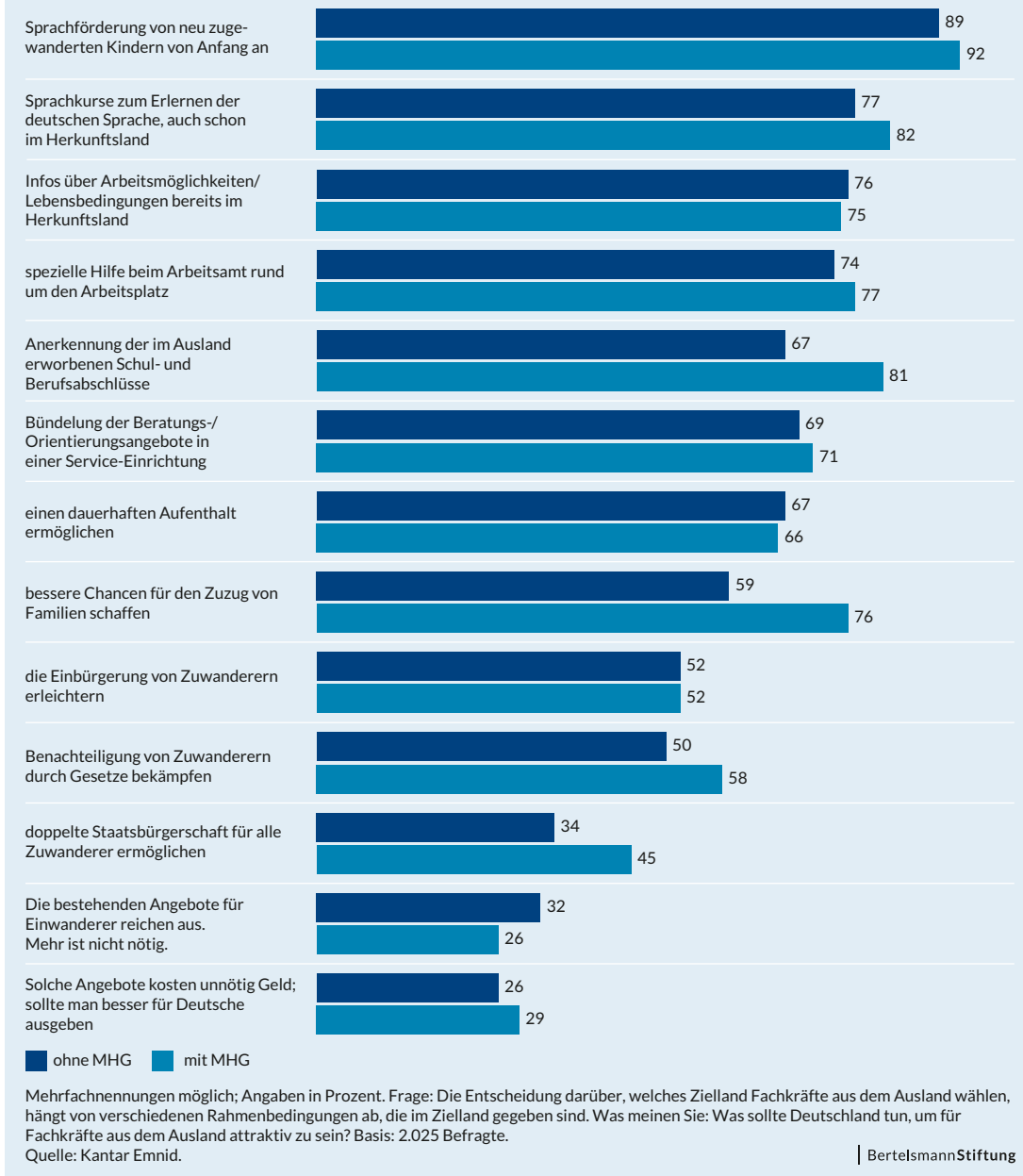
ren und Einheimischen führt – bei Befragten mit Migrationshintergrund sind es 61 Prozent. Probleme in Schulen durch Einwanderung befürchten zwei Drittel der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber nur die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Große Unterschiede lassen sich auch bei einzelnen Aspekten bei der Einschätzung finden, was zu tun ist, damit Deutschland für ausländische Fachkräfte ein attraktiver Ort ist.

Für Personen mit Migrationshintergrund sind insbesondere fünf Aspekte wichtiger als für Personen ohne

Migrationshintergrund: Sprachkurse schon im Herkunftsland (82 Prozent gegenüber 77 Prozent), die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen (81 Prozent gegenüber 67 Prozent), bessere Chancen für Familiennachzug (76 Prozent gegenüber 59 Prozent), Gesetze gegen Benachteiligung von Zuwanderern (58 Prozent gegenüber 50 Prozent) und die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft (45 Prozent gegenüber 34 Prozent). Nicht überraschend ist auch, dass ein Drittel der Befragten ohne Migrationshintergrund der Ansicht ist, die bestehenden Angebote reichten aus, während es bei den Migranten nur rund ein Viertel ist.

ABBILDUNG 26 **Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte: Vergleich Migrationshintergrund**



Ebenfalls interessant ist der Vergleich der Antworten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf die Frage „Was müssen Einwanderer tun, um in Deutschland willkommen zu sein?“. Es wird deutlich, dass Migranten in ihren Einschätzungen nicht nur den Personen ohne Migrationshintergrund stark ähneln, sondern sie diese in einigen Aspekten sogar noch übertreffen, d.h. sie stellen (leicht) höhere Anforderungen an Migranten als die nicht-migrantische Bevölkerung: So waren die wichtigsten drei Aspekte der Eigeninitiative von Migranten für beide befragten Gruppen

gleich: Die deutsche Sprache lernen (96 Prozent Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 98 Prozent Migranten), sich um ein gutes Zusammenleben mit den Deutschen bemühen (93 Prozent gegenüber 98 Prozent) und das deutsche Grundgesetz anerkennen (beide 93 Prozent). Abweichungen von 5 Prozent und mehr zwischen beiden Befragtengruppen gab es nur bei der Einschätzung von drei der elf vorgegebenen Antwortmöglichkeiten: Mehr Kontakte zu Deutschen haben (81 Prozent Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 76 Prozent Migranten), den

Deutschen etwas von ihrer eigenen Kultur vermitteln (71 Prozent gegenüber 78 Prozent) und die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen (39 Prozent gegenüber 32 Prozent). Das zeigt, dass es in dieser Frage in der deutschen Bevölkerung zwischen Migranten und Nicht-Migranten keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten gibt.

4 | Ein Blick über den Atlantik: Wie Kanada im Vergleich zu Deutschland Migration sieht

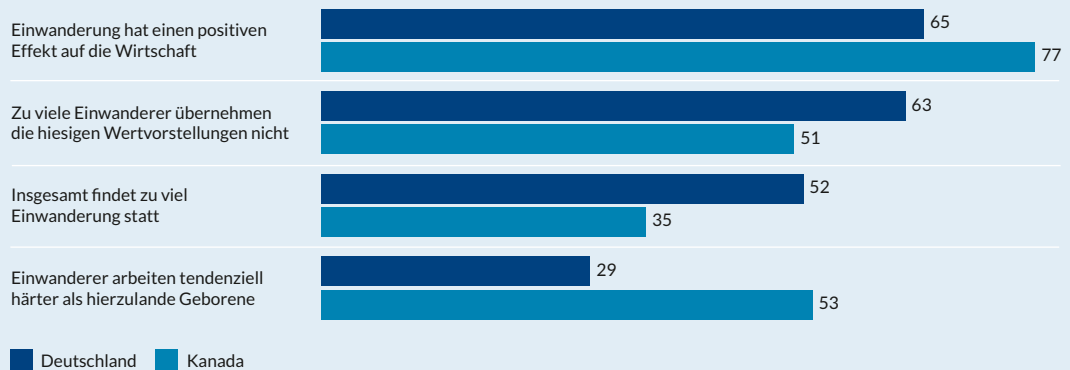
Die Einstellungen der Bevölkerungen zu Migration in Kanada und Deutschland zu vergleichen, scheint auf den ersten Blick völlig abwegig zu sein. Denn zu unterschiedlich sind die geografischen Kontexte, die Migrationshistorien und die Steuerungssysteme. Was die Geografie angeht, so hat Kanada drei kostenlose und sehr effektive Grenzwärter in Gestalt des pazifischen Ozeans im Westen, des Atlantiks im Osten und des arktischen Eismeeres im Norden. Und im Süden liegt das sichere Herkunftsland USA. Deutschland dagegen liegt im Herzen Europas und hat viele Grenzen zu Nachbarstaaten. Diese unterschiedlichen Geografien bestimmen die Migrationshistorien und dahinterliegenden Steuerungssysteme. Deutschland war immer ein Land, das mit innereuropäischen Wanderungen zu tun hatte. Die quantitativ bedeutsame Mobilität im Rahmen der EU ist politisch gewollt und nicht im Einzelnen steuerbar. Gegenüber außereuropäischer Mobilität war Deutschland bisher restriktiv und hat sich im Blick auf Asylbewerber mit sicheren Herkunftsstaaten umgeben. Der außereuropäische Migrationsdruck aus Asien und Afrika hat aber bereits zugenommen und wird in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen. Kanada dagegen konnte angesichts der großen Attraktivität der Vereinigten Staaten relativ wenig von inneramerikanischer Mobilität profitieren und verfolgt deshalb seit Jahrzehnten eine gesteuerte Anwerbepolitik für außeramerikanische Einwanderer, zunächst bis in die 70er Jahre aus angelsächsischen oder frankophonen Ländern, seit dem multikulturalistischen Politikwechsel verstärkt auch aus Asien und dem frankophonen Afrika.

Diese kategorialen Unterschiede müssen bei deutsch-kanadischen Vergleichen berücksichtigt werden. Trotzdem ist für Deutschland der Blick über den Atlantik interessant. Die jüngsten Bemühungen in Deutschland um eine bessere Steuerung der Fachkräftemigration haben Impulse des kanadischen Steuerungssystems aufgenommen – übrigens wird auch das deutsche System in Kanada beachtet. Interessanterweise kam es in den letzten Jahren zu einer gewissen Konvergenz des ursprünglich humankapitalorientierten Systems Kanadas und des arbeitsmarktorientierten Systems in Deutschland (Kolb 2019). In Kanada hat die Arbeitsmarktorientierung zugenommen, in Deutschland gibt es mittlerweile humankapitalorientierte Elemente wie die Möglichkeit der Einreise für Fachkräfte zur Jobsuche. Besonders anziehend ist Kanada für Deutschland aber aufgrund der umfassenden Integrationsinfrastruktur, die Kanada in den letzten Jahrzehnten verankert hat, um den Einwanderern aus der ganzen Welt gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Welche Haltungen in der Bevölkerung eine solche Infrastruktur im Sinne einer umfassenden Willkommenskultur tragen, ist dabei von besonderem Interesse für die Weiterentwicklung des Einwanderungslands Deutschland.

4.1 | Ansichten zur Einwanderung und Einwanderern

Die allgemeine Bewertung zu Einwanderung und Einwanderern fällt in der kanadischen Bevölkerung wesentlich positiver aus als in der deutschen Bevölkerung. Drei Viertel der Kanadier glauben an einen positiven Effekt von Migration auf die Wirtschaft, in Deutschland sind es zwei Drittel der Befragten. Während die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland der Ansicht ist, es gebe zu viel Einwanderung, ist es in Kanada nur ein gutes Drittel. Das Bild, das Kanadier und Deutsche von Einwanderern haben, unterscheidet sich auch stark. So sehen 53 Prozent der Kanadier die Einwanderer als härtere Arbeiter als die Einheimischen, in Deutschland sind nicht einmal ein Drittel dieser Ansicht. Was die Übernahme von Wertvorstellungen angeht, scheint es auf den ersten Blick eine Gemeinsamkeit zu geben: Sowohl in Kanada als auch in Deutschland meinen Mehrheiten, zu viele Einwanderer blieben von den Wertorientierungen her von der Aufnahmegesellschaft verschieden. Allerdings ist die kanadische Mehrheit knapp (51 Prozent), während in Deutschland die Mehrheit mit 63 Pro-

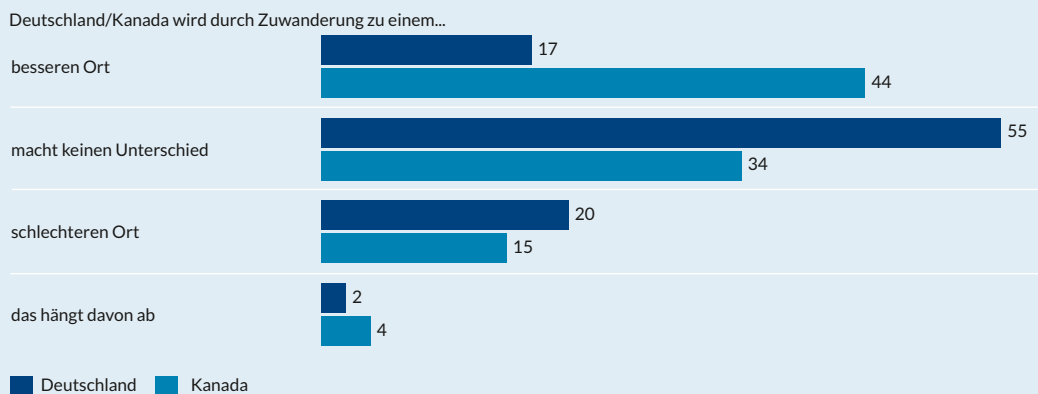
ABBILDUNG 27 **Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Deutschland/Kanada**



Dargestellt: Zustimmung („stimme sehr“/„eher zu“) in Prozent. Frage: Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr zu, eher zu, lehnen Sie diese eher ab oder sehr ab? (DE). Basis: 2.025 Befragte (DE). Basis 2.001 Befragte (CAN).
 Quellen: Kantar Emnid, Environics Institute.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 28 **Veränderung Deutschlands/Kanadas durch Einwanderer**



Angaben in Prozent. Frage: Nach Deutschland kommen jedes Jahr Zuwanderer. Wird Ihrer Meinung nach Deutschland durch die Ankunft dieser Personen insgesamt ein besserer Ort, ein schlechterer Ort oder macht das keinen Unterschied? (DE). Basis: 2.025 Befragte (DE). Basis 2.001 Befragte (CAN).

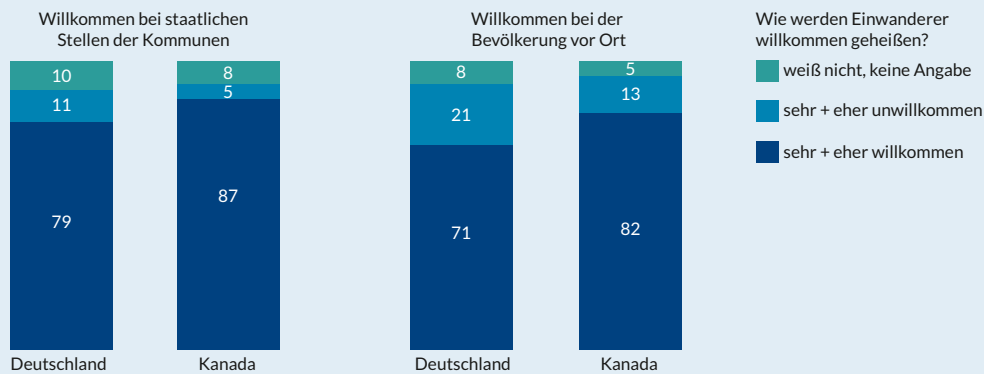
Quellen: Kantar Emnid, Environics Institute.

| BertelsmannStiftung

zent ausgeprägt ist. Nicht zuletzt dürften die Kanadier angesichts ihrer Politik des Multikulturalismus mit der Wertevielfalt wertschätzender umgehen als die Deutschen.

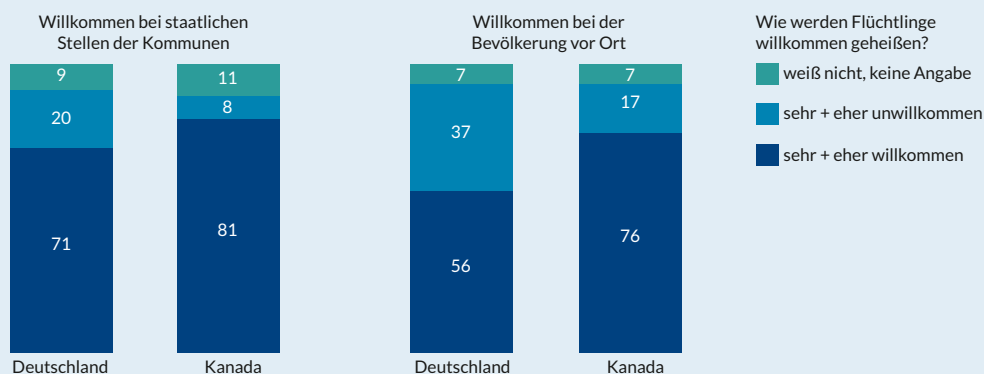
Exemplarisch für die unterschiedlichen Einschätzungen sind die Antworten auf die Frage, wie Einwanderung das jeweilige Land verändert. In Kanada sind 44 Prozent der Bevölkerung überzeugt, das Land werde dadurch ein besserer Ort. In Deutschland mit nur 17 Prozent Zustimmung zu dieser positiven Antwortmöglichkeit erscheint die pro-migratorische Einschätzung in Kanada wie von einem anderen Stern zu sein. Dieser Eindruck relativiert sich allerdings

durch die sehr große Gruppe (55 Prozent) der deutschen Befragten, die keinen Unterschied durch Migration sehen. Es ist möglich, dass dies die allgemeine Ambivalenz widerspiegelt, Migrationseffekte sowohl positiv als auch negativ wahrzunehmen und in der Bewertung diese gegeneinander abzuwägen. Die Einschätzung, Migration mache das Land zu einem schlechteren Ort, wird in beiden Ländern von einer Minderheit vertreten (Kanada 15 Prozent, Deutschland 20 Prozent).

ABBILDUNG 29 **Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich Deutschland/Kanada**

Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? (DE). Basis: 2.025 Befragte (DE). Basis 2.001 Befragte (CAN).
Quellen: Kantar Emnid, Environics Institute.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 30 **Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Deutschland/Kanada**

Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? (DE)
Basis: 2.025 Befragte (DE). Basis 2.001 Befragte (CAN).
Quellen: Kantar Emnid, Environics Institute.

| BertelsmannStiftung

4.2 | Kanadier sind überzeugt, dass ihr Land ein Ort des Willkommens ist

Die größere Offenheit in Kanada spiegelt sich auch in den Antworten wider auf die Fragen, wie willkommen Geflüchtete und Einwanderer vor Ort bei Behörden und Bevölkerung sind. 87 Prozent der Kanadier nehmen die Behörden als offen gegenüber Einwanderern wahr, in Deutschland sind es 79 Prozent. Noch deutlicher ist der Unterschied im Blick auf die lokale Bevölkerung: In Kanada nehmen 82 Prozent eine Offenheit wahr, in Deutschland sind es 71 Prozent.

Am stärksten sind die Unterschiede zwischen Kanada und Deutschland bei der Offenheit für Geflüchtete bei den Menschen vor Ort. 76 Prozent der Befragten in Kanada nehmen wahr, dass Geflüchtete dort willkommen sind, in Deutschland sind es 20 Prozentpunkte weniger. Bei der wahrgenommenen Offenheit bei den Behörden beträgt der Unterschied 10 Prozentpunkte (81 Prozent in Kanada und 71 Prozent in Deutschland). Allerdings müssen bei der Offenheit für Geflüchtete die unterschiedlichen Quantitäten berücksichtigt werden. Deutschland hat im Vergleich zu Kanada ein Vielfaches an Flüchtlingen aufgenommen und die Herausforderungen für die Behörden und die Menschen vor Ort sind nicht vergleichbar.

Die ausgewählten Vergleiche zeigen, dass es für Deutschland noch ein weiter Weg nach Kanada ist. Im Durchschnitt sind die kanadischen Zustimmungswerte zu positiven Aussagen über Einwanderung und Einwanderer um 10 bis 20 Prozentpunkte höher als die entsprechenden Werte in Deutschland. Das kanadische Umfrageinstitut Environics interpretiert die Ergebnisse für die wahrgenommene Offenheit des Landes für Einwanderer und Flüchtlinge so, dass die meisten Kanadier unabhängig von ihren eigenen Überzeugungen ihr Land als einen „Ort des Will-

kommens“ erleben: „What most Canadians across the country do agree on is that – whether the presence of immigrants and refugees is considered to be a good thing or not -- their country is a welcoming place. Eight in ten say that local public agencies and populations welcome both immigrants and refugees who arrive in their communities.” (Environics 2019). Von einer so großen Offenheit und positiven Willkommenskultur, wie sie in Kanada zu herrschen scheinen, ist Deutschland noch weit entfernt.

Fazit

Trotz Ambivalenz hat Deutschland eine robuste Willkommenskultur und eine aufgeschlossene Jugend

Die Bevölkerung in Deutschland bewegt sich zwischen Skepsis und Pragmatik

Die Migrationsskepsis geht gegenüber 2017 etwas zurück, aber sie bleibt höher als bei den Umfragen vor der Fluchtkrise aus den Jahren 2012 und 2015. Die negativen Effekte von Zuwanderung werden trotz zuletzt rückläufiger Tendenz weiterhin stark wahrgenommen, positive Effekte von Zuwanderung weniger stark, jedoch mit steigender Tendenz. Dass es zu viel Einwanderung in Deutschland gibt, meint eine knappe Mehrheit.

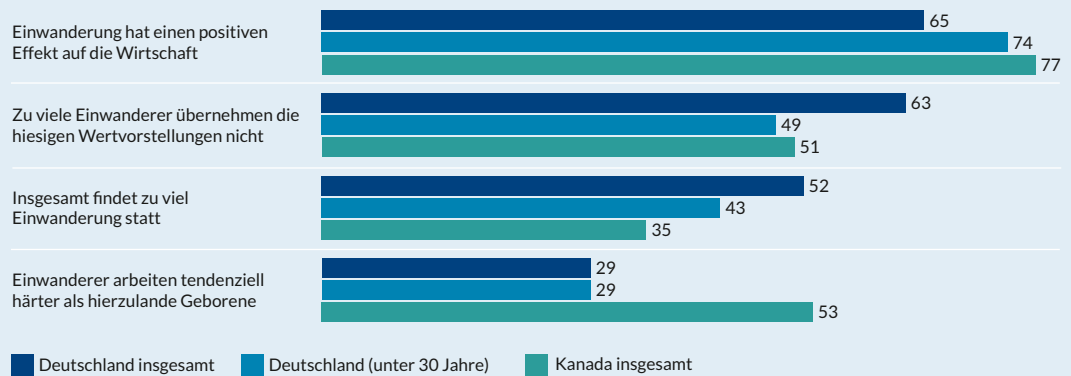
Aber trotz aller Ambivalenz: Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind der Ansicht, Zuwanderung habe einen positiven Effekt auf die Wirtschaft. Der Zuzug ausländischer Fachkräfte ist die bevorzugte Strategie im Umgang mit dem demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials.

Die Willkommenskultur ist robust und jung

Die Willkommenskultur erweist sich im Lichte der Ergebnisse dieser und früherer Umfragen als weiterhin „robust“: Einwanderer sind mehrheitlich weiter willkommen (Tendenz sogar leicht steigend), Flüchtlinge auch (allerdings mit Tendenz leicht fallend). Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen, die in der Fluchtkrise deutlich zurückgegangen ist, steigt wieder leicht, erreicht aber nicht die mehrheitlich positiven Werte der Jahre davor.

Besonders interessant sind die Unterschiede der Aufgeschlossenheit gegenüber Einwanderung und Einwanderern zwischen jüngeren Befragten unter 30 und jenen über 30 Jahren. Tendenziell gilt, je jünger die Befragten, um so offener sind die Haltungen. Zugespielt kann man sagen, die Willkommenskultur in Deutschland ist jung – im doppelten Sinn: Es gibt sie noch nicht so lange und sie ist bei den jüngeren Befragten deutlicher ausgeprägt und erreicht teilweise Durchschnittswerte der kanadischen Gesamtbevölkerung. So sieht die junge Generation in Deutschland den positiven Effekt der Einwanderung auf die Wirtschaft mit 74 Prozent ähnlich wie die Kanadier mit 77 Prozent. Bei der Einschätzung der fehlenden Übernahme von Werten der Aufnahmegesellschaft durch zu viele Einwanderer sind die jungen Deutschen sogar liberaler als die Kanadier. Auch die Frage, ob es zu viel Einwanderung gibt, beantworten sie im Vergleich zu allen Befragten in Deutschland insgesamt mehr in Richtung der kanadischen Einschätzung. Das Bild des Einwanderers als tendenziell härter arbeitende Person als die Einheimischen teilen die jungen Deutschen allerdings nicht mit den Kanadiern.

ABBILDUNG 31 **Bewertung von Zuwanderung: Vergleich Alter/Land**



Dargestellt: Zustimmung („stimme sehr“/„eher zu“) in Prozent. Frage: Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr zu, eher zu, lehnen Sie diese eher ab oder sehr ab? (DE). Basis: 2.025 Befragte, darunter 423 Befragte unter 30 Jahren (DE). Basis 2.001 Befragte, darunter 334 Befragte unter 30 Jahren (CAN).
 Quellen: Kantar Emnid, Environics Institute.

| BertelsmannStiftung

Die junge Generation in Deutschland und die kanadische Bevölkerung ähneln sich auch in ihrer Wahrnehmung der Offenheit gegenüber Einwanderern durch die Behörden und der Bevölkerung vor Ort.

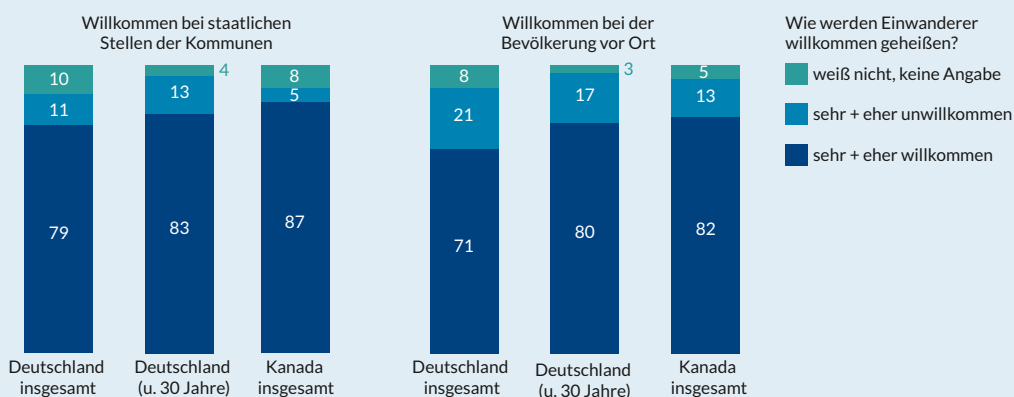
Das gilt auch im Blick auf die Offenheit gegenüber Geflüchteten in der lokalen Bevölkerung: Die junge Generation nimmt wahr, dass 67 Prozent der Menschen sie vor Ort willkommen heißen und bewegt sich damit in die Richtung der kanadischen Befragten, die zu 76 Prozent diese Ansicht vertreten.

Die Willkommenskultur in Deutschland kann weiterentwickelt werden

Leistungen von Einwanderern anerkennen

Das Bild, das sich Einheimische von Einwanderern machen, hat einen Einfluss auf die Willkommenskultur. Hinter der ausgeprägten Offenheit Kanadas steht ein positives Bild eines arbeitswilligen Einwanderers, der das Land weiterbringt. Dieses Bild wird in Kanada unterfüttert von einer Zuwanderung, die auf Fachkräfte zielt, obwohl natürlich auch in Kanada die Familienzusammenführung einen wichtigen Teil der Einwanderung ausmacht.

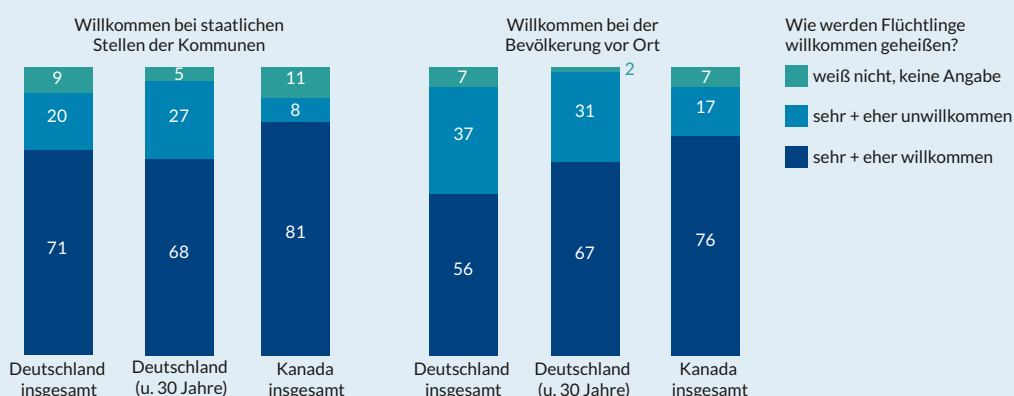
In Deutschland ist das Bild von Einwanderern nicht so positiv. Dass deren Leistungen anerkannt werden, glauben nur 45 Prozent der Bevölkerung – und im Vergleich zu 2012 ist die Entwicklung in diesem Feld sogar rückläufig, was damit zu tun haben kann, dass zuletzt vor allem Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Deren Arbeitsmarktintegration ist schwierig und wird erst mittel- bis langfristig für das Aufnahmeland Früchte bringen, die die jetzt nötigen Investitionen lohnen. Zudem scheint die Aufbauleistung der ersten Gastarbeitergenerationen inzwischen in Vergessenheit zu geraten oder im Fall der jüngeren Arbeitsmigration aus Osteuropa nicht präsent genug in der öffentlichen Wahrnehmung zu sein. Die stärkere öffentliche Anerkennung der Leistungen

ABBILDUNG 32 Wie willkommen sind Einwanderer? Vergleich Alter/Land


Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? (DE). Basis: 2.025 Befragte, darunter 423 Befragte unter 30 Jahren (DE). Basis 2.001 Befragte, darunter 334 Befragte unter 30 Jahren (CAN).

Quellen: Kantar Emnid, EnviroNics Institute.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 33 Wie willkommen sind Flüchtlinge? Vergleich Alter/Land


Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? (DE). Basis: 2.025 Befragte, darunter 423 Befragte unter 30 Jahren (DE). Basis 2.001 Befragte, darunter 334 Befragte unter 30 Jahren (CAN).

Quellen: Kantar Emnid, EnviroNics Institute.

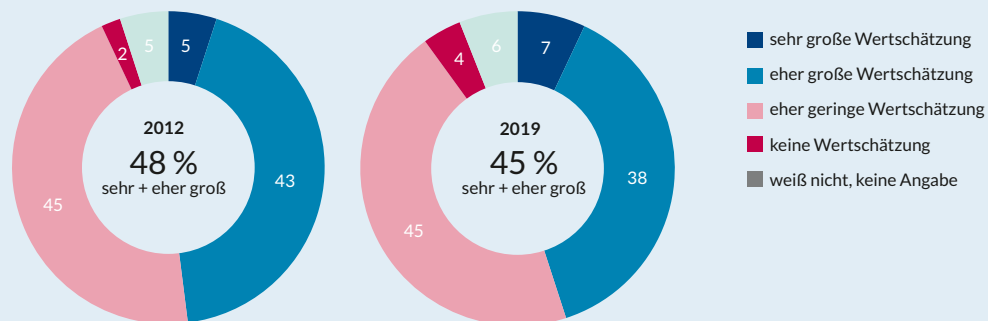
| BertelsmannStiftung

von Migranten kann auch helfen, existierende Diskriminierungstendenzen in der deutschen Bevölkerung gegenüber Menschen anderer Herkunft und Religion abzuschwächen. Deshalb kann es hilfreich sein, eine öffentliche Debatte über die Erweiterung der deutschen Erinnerungskultur um migrantische Biografien zu führen.

Höhere Akzeptanz durch bessere Migrationssteuerung

Ein Schlüssel zur Akzeptanz von Einwanderung ist die effektive Steuerung von Migration – nicht nur im Anspruch, für die Wirtschaft des Landes vorteilhafte Migration zu fördern, sondern auch, um Befürchtungen von einem möglichen Kontrollverlust zu zerstreuen. Ein gut kommuniziertes Einwanderungssystem mit (scheinbar) klaren Regeln und einer funktionierenden Einwanderungsbürokratie scheint das kanadische Erfolgsrezept zu sein. Für Deutschland ist eine effek-

ABBILDUNG 34 Wertschätzung der Leistung von Zuwanderern: Vergleich 2012–2019



Angaben in Prozent. Frage: Wie werden die Leistungen von Zuwanderern, die hier schon lange leben und arbeiten, anerkannt und wertgeschätzt? Gibt es da Ihrer Ansicht nach... Basis: 2.025 Befragte. Quelle: Kantar Emnid.

BertelsmannStiftung

tive Steuerung eine wesentlich komplexere Herausforderung als für Kanada. Die EU-Binnenmobilität ist gesetzt, effektiver steuerbar ist aber sicherlich die Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten. In diese Richtung geht das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, dessen effektive Umsetzung das Potential hat, das Bild des Einwanderers nach Deutschland positiver zu prägen. Wenn dies gelingen sollte, könnte das Gesetz nicht nur ein „Signal mit Fragezeichen“ sein, sondern ein „echter Quantensprung“ (vgl. Hammer/Klaus 2019).

Die Fluchtmigration ist angesichts internationaler Verpflichtungen nicht so steuerbar wie die Fachkräftemigration aus Drittstaaten, aber sie kann proaktiver und planvoller gestaltet werden. Der Weg zu einer solchen Gestaltung ist einerseits die in Kanada seit Jahrzehnten verbreitete Praxis des Resettlements, also die geplante Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Kooperation mit dem UNHCR, andererseits die solidarische Verteilung zwischen aufnahmebereiten Staaten innerhalb der Europäischen Union. Letzteres muss durch kluge Anreizsysteme verbessert werden. Beim wünschenswerten Ausbau des Resettlements in Deutschland sollten angesichts der Offenheit der Behörden und der Bevölkerung vor Ort die Kommunen und die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden.

Steuerung könnte auch durch quantitative Zielkorridore beim Fachkräftezug oder der Aufnahme von Geflüchteten für mehr Akzeptanz sorgen. In Kanada werden im Parlament solche Zielkorridore disku-

tiert und festgelegt, so dass Einwanderung auch stärker demokratisch legitimiert wird. Tatsächlich ist die Höhe der Arbeits- und Fluchtmigration ein Thema, das viele Menschen in Deutschland, wie die Befragung zeigt, umtreibt.

Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte erhöhen

Der Steuerungsaspekt hat jedoch noch eine weitere Dimension, nämlich die Frage, ob Deutschland attraktiv genug ist, um die gewünschten Fachkräfte auch anlocken und im Land halten zu können. Hier spielen neben einer etablierten Willkommenskultur auch andere Faktoren für einen langfristigen Bleibewunsch eine Rolle. Die im Mai 2019 veröffentlichten Indikatoren der OECD für die Talentattraktivität (vgl. Tuccio 2019), also für die Anziehungskraft der OECD-Staaten für ausländische Studierende, akademisch ausgebildete Fachkräfte und Unternehmer, weisen auf Stärken und Schwächen Deutschlands im internationalen Wettbewerb um begehrte Fachkräfte hin. Deutschland steht gut da bei Studierenden, befindet sich allerdings bei akademisch ausgebildeten Fachkräften nur im Mittelfeld. Es besteht Handlungsbedarf, weil das Land nicht zu den TOP-Staaten u.a. in den Dimensionen „Berufliche Chancen“ und „Perspektiven“ gehört. Insbesondere die Dimension Perspektiven hat auch in der Einschätzung der Bevölkerung, wie Deutschland attraktiver werden kann für Fachkräfte, noch nicht die Bedeutung, die ihr im internationalen Vergleich zukommt. Hier ist noch Aufklärungs- und Über-

zeugungsarbeit zu leisten, insbesondere hinsichtlich der steigenden Zahl an Befürwortern von Fachkräfteeinwanderung.

Integration und Zusammenhalt stärken

Der entscheidende Faktor für die Verankerung der Willkommenskultur ist die Integrationsfähigkeit des Landes. Wenn es Deutschland gelingt, die Einwanderer und Geflüchteten gut in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dann wird Einwanderung für alle Beteiligten zum Gewinn. Dem ausländerfeindlichen Populismus wird damit die Grundlage entzogen. Deutschland hat reiche Erfahrungen bei der erfolgreichen Integration. Darauf gilt es aufzubauen und Teilhabe und Zusammenhalt durch wirksame und kluge Maßnahmen und Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu stärken. Ein hilfreicher Aspekt für die Integration der Fluchtmigration der letzten Jahre war, dass sich unter den Geflüchteten ein nicht unbeträchtlicher Anteil an Kindern und Jugendlichen befand. Der Anteil der unter 18-Jährigen bei den Asylbewerbern lag 2015 bei 31 Prozent, 2016 bei 36 Prozent und 2017 bei 45 Prozent (Bundesamt 2016, 2017, 2018). So lange die Bildungsinstitutionen in Deutschland es schaffen, mit der neuen (aber auch bisherigen) Vielfalt konstruktiv umzugehen und allen unabhängig von ihrer Herkunft gleichwertige Bildungserfolge zu ermöglichen, sind den Integrationserfolgen eigentlich keine Grenzen gesetzt.

Was den Zusammenhalt betrifft, von dem in letzter Zeit immer mehr befürchtet wird, er könne unter den gesellschaftlichen Spannungen und dem Aufstieg des Rechtspopulismus Schaden nehmen, ist dies eine langfristige Aufgabe, die neben bestimmten Regeln auch einer Symbolpolitik bedarf. Zusammenhalt bedeutet das Gegenteil von Spaltung, bedeutet das Hervorheben von Gemeinsamkeiten, mit dem Ziel, sich im Land heimisch und mit den anderen Bewohnern solidarisch und verbunden zu fühlen. In der vorliegenden Umfrage wird deutlich, dass die Befragten inzwischen immer stärker Ungleichbehandlungen aufgrund von Herkunft als Problem wahrnehmen. Dies ist nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern gehört zum Kern von Zusammenhalt. Jedoch hat Deutschland in Fragen der Anti-Diskriminierung noch einen weiten Weg vor sich – was Gesetze aber auch die Problemwahrnehmung betrifft (Klose 2015).

Vielfalt und Gemeinsamkeiten schließen sich nicht aus: Unterschiede sind zwischen der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund gar nicht so stark, wie viele denken mögen. Die Ergebnisse aus Kapitel 3 wie auch die Erkenntnisse aus anderen Umfragen (vgl. Kösemen 2018) zeigen, dass in grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragen, bei denen die Bevölkerung „migrantische Abweichungen“ vermutet, diese gar nicht in der befürchteten Größenordnung existieren. Die Unterschiede manifestieren sich vielmehr in (fremden) kulturellen Praktiken und die problematischen Ansichten werden häufig von migrantischen Minderheiten formuliert, die aber auch in ihrer eigenen Herkunftsgruppe isoliert sind. Dies alles sollte mit einer wohlwollenden Symbolpolitik zusammengeführt werden, also einer Politik der großen und empathievollen Gesten, z.B. die Rede von Navid Kermani zum Jahrestag des Grundgesetzes im Bundestag. Wenn die Regierung ambivalente Signale zum Thema Migration und Vielfalt sendet, ist es nur normal, dass sich diese Ambivalenz auch in den Köpfen der Bevölkerung wiederfindet. Eine Politik der großen Gesten gegenüber den „neudeutschen“ Bürgern dieses Landes wäre keine Sonderbehandlung, sondern ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft und eigentlich die ideelle Führungsaufgabe einer Regierung, mit der sie allen sozialen Gruppen einen gleichwertigen Platz in der Gesellschaft zuweist.

Eines wird aber deutlich: Eine Willkommenskultur benötigt viele einzelne Bausteine, damit sie funktioniert.

Anhang

Studiendesign





Studiensteckbrief Willkommenskultur 2019

 <p>Befragungsgebiet Bundesrepublik Deutschland</p>	 <p>Grundgesamtheit Deutschsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren</p>	 <p>Stichprobe 2.025 Interviews</p>
 <p>Methode Telefonische Interviews (Mehrthemenumfrage)</p>	 <p>Erhebungstermin 1. bis 15. April 2019</p>	 <p>Vergleichsstudien Oktober 2012 Januar 2015 Januar 2017</p>

Durchgeführt von Kantar Emnid. Methodischer Hinweis: Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z.B. „Top-Two-Werte“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

| BertelsmannStiftung

Studiensteckbrief Umfrageteil Kanada

 <p>Befragungsgebiet Kanada</p>	 <p>Grundgesamtheit Englisch- und französischsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ab 18 Jahren</p>	 <p>Stichprobe 2.001 Interviews</p>
 <p>Methode Telefonische Interviews (als Teil der Umfrage Focus Canada - Spring 2019)</p>	 <p>Erhebungstermin 1. bis 10. April 2019</p>	

Durchgeführt von The Environics Institute for Survey Research, Toronto/Kanada. www.environicsinstitute.org
Methodischer Hinweis: Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z.B. „Top-Two-Werte“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

| BertelsmannStiftung

Literatur

Bauer, Thomas K. „Willkommenskultur lässt sich ebenso wenig wie Werte verordnen“. *clavis* 03-04 2018. 11. (https://zwh.de/wp-content/uploads/2018/10/clavis_03_2018_DT_06_AM_Web.pdf, Download 19.07.2019.)

Bertelsmann Stiftung. *Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland.* Gütersloh 2012. (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Emnid_Willkommenskultur.pdf, Download 19.07.2019.)

Bertelsmann Stiftung. *Willkommenskultur in Deutschland. Entwicklungen und Herausforderungen.* Gütersloh 2015. (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-in-deutschland-entwicklungen-und-herausforderungen/>, Download 19.07.2019.)

Bertelsmann Stiftung. *Willkommenskultur im Stresstest. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012.* Gütersloh 2017. (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-im-stresstest/>, Download 19.07.2019.)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. *Das Bundesamt in Zahlen 2015.* Nürnberg 2016. (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile, Download 22.07.2019)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. *Das Bundesamt in Zahlen 2016.* Nürnberg 2017. (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile, Download 22.07.2019)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. *Das Bundesamt in Zahlen 2017.* Nürnberg 2018. (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2017.pdf?__blob=publicationFile, Download 22.07.2019)

Environics Institute for Survey Research. *Focus Canada. Spring 2019. Canadian public opinion on immigration and refugees.* Toronto 2019. (https://www.environicsinstitute.org/docs/default-source/project-documents/focus-canada-spring-2019/environics-institute---focus-canada-spring-2019-survey-on-immigration-and-refugees---final-report.pdf?sfvrsn=8dd2597f_2, Download 19.07.2019.)

Europäische Union/Rat für Justiz und Inneres. *Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration von Einwanderern in der EU.* Brüssel 2004. (https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/resources/docs/gemeinsame-grundprinzipien_de.pdf, Download 22.07.2019)

Faus, Rainer und Simon Storks. *Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken.* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2019. (<http://library.fes.de/pdf-files/fes/15213-20190402.pdf>, Download 19.07.2019.)

Fleming, John H., Neli Esipova, Anita Pugliese, Julie Ray und Rajesh Srinivasan. „Migrant Acceptance Index. Examination of the Relationship Between Interpersonal Contact and Attitudes Toward Migrants“. *Border Crossing* (8) 1 2018. Transnational Press, London 2018. (<https://journal.tplondon.com/index.php/bc/article/view/1107>, Download 19.07.2019.)

Fuchs, Johann, Alexander Kubis und Lutz Schneider. *Zuwanderung und Digitalisierung. Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig?* Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2019. (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zuwanderung-und-digitalisierung/>, Download 19.07.2019.)

Haller, Michael. „Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums“. *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2016. 171 ff.

Hammer, Kim, und Sebastian Klaus. „Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG): Signal mit Fragezeichen oder echter Quantensprung?“. *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR)* (39) 4 2019. 137–147. (https://kpmg-law.de/content/uploads/2019/06/Hammer_Klaus_ZAR-2019_137-ff.pdf, Download 19.07.2019.)

Heckmann, Friedrich. „Willkommenskultur was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden?“. *efms paper* 7 2012. (http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms%20paper%202012_7.pdf, Download 19.07.2019.)

Horz, Christine. „Auf dem Prüfstand: Die Studie des Medienwissenschaftlers Michael Haller zur ‚Flüchtlingsberichterstattung‘ in deutschen ‚Leitmedien‘“. Stellungnahme. 28.08.2017. (https://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2017/07/Haller-auf-dem-Pruefstand_Horz.pdf, Download 19.07.2019.)

Klose, Alexander und Doris Liebscher. *Antidiskriminierungspolitik in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Stand, Defizite, Empfehlungen*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2015. (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Antidiskriminierungspolitik_in_der_deutschen_Einwanderungsgesellschaft_2015.pdf, Download 22.07.2019.)

Kober, Ulrich. „Willkommenskultur besteht Stresstest, aber die offene Gesellschaft ist nicht selbstverständlich“. *Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland. Grundlagen und Handlungsbedarf im Kontext eines Einwanderungsgesetzes*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2017. 57–72.

Kolb, Holger: „Pool-Lösungen in der Migrationssteuerung: Zu den überraschenden Parallelen des deutschen Familiennachzugsneuregelungsgesetzes und des kanadischen Express Entry-Systems“, *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR)* (39) 1 2019. 16–20. (https://www.zar.nomos.de/fileadmin/zar/doc/Aufsatz_ZAR_19_01.pdf, Download 16.08.2019)

Kösemen, Orkan. *Bürgersinn in der Einwanderungsgesellschaft – Was Menschen in Deutschland unter einem guten Bürger verstehen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2018. (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Buergersinn_in_der_Einwanderungsgesellschaft_2018.pdf, Download 19.07.2019)

Kösemen, Orkan. *Willkommenskultur in Deutschland. Mehr als nur ein Modewort?. Policy Brief Migration. 2* 2017. (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Policy-Brief_2017_12_Willkommenskultur.pdf, Download 19.07.2019.)

Tuccio, Michele. „Measuring and assessing talent attractiveness in OECD countries“. *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 229. (<https://www.oecd.org/migration/mig/Measuring-and-Assessing-Talent-Attractiveness-in-OECD-Countries.pdf>, Download 19.07.2019)

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration. *Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018*. Berlin 2018. (https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf, Download 19.07.2019.)

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Ulrich Kober
Director
Bertelsmann Stiftung
Programm Integration und Bildung
Telefon +49 5241 81-81598
Fax +49 5241 81-681598
ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Orkan Kösemen
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Programm Integration und Bildung
Telefon +49 5241 81-81429
Fax +49 5241 81-681429
orkan.koesemen@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de